



GREEN GRABBING UND BIOÖKONOMIE IN LATEINAMERIKA

**LAND, WALD UND WASSER IM VISIER VON
KLIMASCHUTZ UND PROFIT**



▲ Hoffnung des *Dual-Use* Zuckerrohrernte in Brasilien

- 3 **Green Grabbing und Bioökonomie in Lateinamerika** // Land, Wald und Wasser im Visier von Klimaschutz und Profit
- 5 **Den Turbo auf Grün schalten – und Grün auf Turbo** // Die Ersetzung fossiler durch bio-basierte Energien führt zu drastischen Konsequenzen
- 9 **Die grünen Pirat*innen der Karibik** // Volldampf voraus für Tourismus, Teakholz, Palmöl und REDD+ unter grüner Flagge
- 12 **Vom Teller in den Tank** // Die Förderung der Algenzucht für Agrotreibstoffe bedroht die Existenzgrundlagen der Algenfischer*innen von Chiles Küste
- 18 **Die neue grüne Landnahme** // Eine kurze Bilanz aus zehn Jahren Waldschutz als Instrument gegen Klimawandel
- 23 **„Nahrungsmittel anbauen, um Frieden zu ernten“** // Widerständige Kleinbäuer*innen organisieren sich gegen die Ausweitung von Palmölplantagen
- 27 **„Das ist Greenwashing der sozialen und der Umweltagenda“** // Interview mit Henk Hobbelink von der NRO Grain über die Auswirkungen der Bioökonomie
- 30 **„Eine große grüne Wüste“** // Eukalyptusplantagen in Brasilien sind die kommerziellen Wälder der Bioökonomie

Titelfoto: Neil Palmer (CIAT) (CC BY-SA 2.0)

Keine Aussagekraft über Nutzungskonflikte: Messung der CO₂-Speicherkapazität von Bäumen (hier: in Kolumbien).



GREEN GRABBING UND BIOÖKONOMIE IN LATEINAMERIKA

LAND, WALD UND WASSER IM VISIER VON KLIMASCHUTZ UND PROFIT



Foto: Neil Palmer (CIAT) (CC BY-SA 2.0)

Die sogenannte Green Economy gibt dem Kapitalismus neuen Wind. Die bisher auf fossilen Energieträgern aufbauende Ökonomie wird nun immer mehr von bio-basierter Energie grün angeheizt. Vermeintlich grünes Wachstum, aufbauend auf der sogenannten Bioökonomie, ist die neue Versprechung, um unseren Lebensstil im Globalen Norden nicht der Realität anzupassen. Biomasse für Energiegewinnung muss jedoch zunächst auf Land wachsen – Konflikte um Land sind programmiert. Green Grabbing ist das Stichwort, das bei Landnahmen im Namen der Ökologie fällt. Mit diesem Dossier wollen die Lateinamerika Nachrichten und das Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile Lateinamerika (FDCL) gemeinsam durchleuchten, was Bioökonomie ausmacht und was Green Grabbing eigentlich bedeutet.

Zunächst wird der Turbo angeschmissen, und all die Facetten der Bioökonomie werden erklärt. Nun läuft der Motor mit Ethanol und Biodiesel. Agrartreibstoffe werden aus sogenannten *Flex Crops* gewonnen. *Flex Crops* sind Anbauprodukte, die vielfach genutzt werden können. Neben Nahrungsmitteln beispielsweise auch als Agrartreibstoffe. Soja und Palmöl dienen als Rohstoff für Biodiesel, und Mais

wird zu Ethanolkraftstoff weiterverarbeitet. In der Bioökonomie soll es bald einen neuen Trend geben – Ethanol-Kraftstoff auf Zellulose-Basis und aus Biomasse. Dafür werden dann die *Flex Crops* Eukalyptus und Zuckerrohr ins Visier genommen werden. Zuckerrohr wäre dann noch rentabler, wenn auch die bisherigen Abfälle, also dessen gesamte

.....

Zunächst wird der Turbo angeschmissen, und all die Facetten der Bioökonomie werden erklärt.

.....

Biomasse, ökonomisch verwertet werden könnte. In diesem Dossier zeigen wir, was für soziale und ökologische Folgen die neuen Eukalyptuswälder in Brasilien haben. Kann bei Eukalyptusmonokulturen überhaupt von einem Wald gesprochen werden?

Natürlich kommt auch die Frage auf, ob das Land besser genutzt wird, um Nahrungsmittel für den Teller, Futter für den Trog oder Energie für den Tank anzubauen. Was passiert aber, wenn auch das Meer in die Verwertungslogik der Bioökonomie gerät? So erfahren wir, wie sich das Leben der

Algentaucher*innen und -sammler*innen an Chiles Küsten verändert. Es wird deutlich, dass Gender-Fragen auch in der Bioökonomie eine Rolle spielen. Die Frauen haben sich zu einer Gewerkschaft zu-

.....
All dies ist eng verwoben mit den Strategien von Politiker*innen und den neuen Bio-Mastern, den Konzernen.
.....

sammengeschlossen und bewegen die Geschlechterverhältnisse in ihren Küstendörfern.

Aber gegen die Landnahmen gibt es Widerstand! In der Karibikregion Kolumbiens organisieren sich Kleinbäuer*innen gegen die Agrarindustrie, die ihre Palmölplantagen ausweitet. Kleinbäuer*innen setzen dem ein alternatives Entwicklungs- und Agrarmodell entgegen. Sich der Bioökonomie und dem *Green Grabbing* zu widersetzen, hat besondere Herausforderungen. Warum gegen etwas sein, das dem Klimaschutz dienen soll? Weil es allzu oft dem Profit einiger Weniger dient und den lokal Betroffenen die Lebensgrundlage entzieht. Und vielleicht muss sich so manche*r bei der Urlaubsplanung an die eigene Nase fassen – denn *Green Grabbing* geht auch „alternativ“: Beschert sanfter Tourismus an den Stränden Costa Ricas nicht doch nur den Urlauber*innen Glücksgefühle?

Zudem findet Anfang Dezember in Paris die UN-Klimakonferenz statt. Und da sehen wir rot. Denn REDD wird von Politik und Unternehmen als das

Allheilmittel zum Walderhalt und der Kohlendioxid-speicherung propagiert – als ob der Markt es richten wird. Nein, ganz im Gegenteil: Der Wald und die dort lebenden Menschen werden dadurch dem Markt unterworfen. Denn all dies ist auch eng verwoben mit den Strategien von Politiker*innen und den aufstrebenden Bio-Mastern, den Konzernen, die sich von der neuen Bioökonomie ihre Flucht nach vorne aus den multiplen Krisen des zeitgenössischen Kapitalismus erhoffen.

Wer profitiert also von der Bioökonomie und wer wehrt sich gegen die Landnahmen durch Palmölplantagen, Eukalyptusmonokulturen und REDD+ Projekte? Mit dem Dossier wollen wir thematisieren, welche Akteur*innen hinter den vielen Worten um „bio“ und „grün“ stehen. Die Beispiele zeigen, wie Bioökonomie in Lateinamerika wirkt. Wir hof-

.....
Green Grabbing geht allerdings auch „alternativ“.
.....

fen, das Dossier regt dazu an, weiter zu diskutieren, was Bioökonomie für uns, für den Globalen Norden und was für den Globalen Süden bedeutet. Welche Alternativen wollen wir und wie wollen wir handeln?

// LN und FDCL

▼ **Palmölplantagenfriedhof** Dies ist die schöne neue grüne Welt



Foto: David Peña (CC BY SA 2.0)

DEN TURBO AUF GRÜN SCHALTEN – UND GRÜN AUF TURBO

DIE VERSUCHE VON REGIERUNGEN UND KONZERNEN, FOSSILE DURCH BIO-BASIERTE ENERGIE ZU ERSETZEN, HABEN DRASTISCHE KONSEQUENZEN

Wir leben in großen Zeiten: Nicht weniger als das Ende des fossilen Zeitalters wird allen verkündet. „Dekarbonisierung“ heißt das beim G-7 Gipfel, die Weltbank bereitet sich und die Menschheit auf eine „Null Emissionen“ Welt vor. Das ist zweifelsohne eine gigantischen Transformation: Die kapitalistische Industrialisierung beruhte schließlich auf der Ausbeutung fossiler Energien, sie sind der Brennstoff des Systems. Aber längst hat die Forderung nach dem Ausstieg aus dem fossilen Modell die Umweltecke und kapitalismuskritische Kreise verlassen und ist im politischen Mainstream angekommen. In diesem Kontext nimmt Bioökonomie eine Schlüsselstellung ein: Die fossil-basierte Ökonomie soll durch bio-basierte Produktion nicht nur ergänzt, sondern ersetzt werden. Und die Konflikte sind vorprogrammiert.

Bioökonomie wird oft in einem Atemzug mit *green economy* genannt, sie gilt als die zentrale Strategie, um selbige umzusetzen. Für beide ist im vorherrschenden Diskurs ein Versprechen zentral: Wir können „unser“ wachstumbasiertes Wirtschaftsmodell fortsetzen, wir können grünes Wachstum erreichen. Bioökonomie verkündet somit sowohl eine optimistische wie systemkonforme Antwort: „Ja, wir schaffen das!“ – und der Schlüssel dafür sind neue Technologien. Bioökonomie und *green economy* formulieren einen technikzentrierten und optimistischen Zukunftsdiskurs. Es ist somit eine expliziter Gegenentwurf zu jeglicher Kapitalismuskritik und um sich greifenden Zweifeln am Wachstumsparadigma.

Bio-basierte Energie so auszubauen, dass sie fossile Energieträger ersetzen kann, hat eine offensichtliche Konsequenz: Land gerät in den Fokus, Landnutzung ändert sich. Denn bio-basiert heißt ja in der Regel land-basiert – oder im

geringen Umfang auch wasserbasiert. Die zentrale Herausforderung ist dabei offensichtlich: Wie kann die landbasierte Energiegewinnung mit der Aufgabe verbunden werden, „neun Milliarden Menschen zu ernähren“ – ein Imperativ, der immer mehr zu einer Drohung gegenüber kleinlichen Zweifel an technologischen Lösungen wird.

Das zentrale Programm ist nicht grundlegend neu: Agrartreibstoffe und „Modernisierung“ der Landwirtschaft durch neue Technologien sind die zentralen Baustellen. Aber es wäre ein fataler Irrtum, hier nur alten Wein in neuen Schläuchen zu sehen. Denn in den Narrativen (und Realitäten) der Bio- und grünen Ökonomie geraten mehrere Baustellen aneinander.

Die erste Baustelle: Agrartreibstoffe reloaded. Insbesondere Brasilien hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten zu einer Großmacht im Bereich Agrartreibstoffe entwickelt. Neben den USA ist es das Land mit der bedeutendsten Produktion von Ethanol. Der Anbau von Agrartreibstoffen ist von der Regierung des Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva ab 2003 als wichtige Entwicklungspolitik

.....
Bioökonomie baut Klimawandel und Hunger als Drohkulisse auf, die jeden Zweifel an ihren Strategien diskreditiert.
.....

des Landes vorangetrieben worden. Die zweite Säule der Agrartreibstoffe – die „Biodiesel“-Produktion aus Soja – sollte kleinbäuerliche Produktion einbeziehen, eine Zertifizierung für „sozialen Biodiesel“ wurde entwickelt. Aber aus armen Kleinbäuerinnen und -bauern wurden keine Ölscheichs*, auch die Biodiesel-Produktion befand sich bald fast ausschließlich in den Händen der Sojaproduzent*innen.

Protestcamp gegen Monsanto ►

Syngenta, Monsanto und Bayer CropScience mischen weltweit führend mit in dem neuen Markt der Bioökonomie.



Fotos: Roberto Vinicius (CC-BY-NC-ND 2.0)

Trotz massiver staatlicher Unterstützung trat die Produktion von Agrartreibstoffen nicht den von den einen erhofften und von den anderen befürchteten Siegeszug an. Im Zuge der rasanten Erhöhung der Lebensmittelpreise in den Jahren 2006/2007 gerieten die Agrartreibstoffe in Verruf. In Lateinamerika war die „Tortilla-Krise“ Anfang 2007 der wohl sichtbarste Ausdruck eines Dilemmas, das bald unter dem Namen „Teller versus Tank“ Berühmtheit erlangte. Die Kritik an den Agrartreibstoffen wurde lauter. Sie konnte zwar deren Ausweitung nicht gänzlich verhindern, aber der Sektor überstand die Kritik nur arg gebeutelt. An dem gebremsten Vormarsch war nicht nur die öffentliche Kritik schuld, sondern auch energische Lebenszeichen der fossilen Industrie: der Fracking-Boom in den USA, die Milliardeninvestitionen in die Erdölgewinnung im Meer vor der Küste Brasiliens, aber auch auch die Auseinandersetzung um Erdölförderung in Ecuador (Stichwort Yasuní) zeigen einen vitalen und mächtigen fossilen Sektor, der nach wie vor ein wichtiges Strukturelement von nationaler Politik ist – nicht nur in Venezuela.

Eine neue Generation von Agrarteibstoffen soll nun alte Probleme beseitigen. Diese sollen vorzugsweise auf der Basis von Zellulose produziert werden und die gesamte Biomasse einschließlich der Pflanzenteile, die bisher als Abfall galten – beispielsweise die Blätter des Zuckerrohrs– sollen verwertbar werden. Wie sehr es hier auch um sinnstiftende Erzählungen, um Narrative, geht,

zeigt die Deklaration dieser neuen Generation als „fortschrittliche Biotreibstoffe“.

Allerdings werden die neuen Agrartreibstoffe seit langem angekündigt, kommen aber nur langsam voran. Real und beobachtbar ist hingegen die Ausweitung des Anbaus von Ölpalmen in Lateinamerika. In einem darwinistisch anmutenden Kampf hat sich die Ölpalme als „the fittest“ unter den zahlreichen Pflanzen zur Produktion von Biodiesel erwiesen. Und Ölpalmen haben noch einen weiteren Vorteil: Ihre Früchte sind sogenannte *flexcrops*, das heißt, sie können vielfältig verwendet werden. Palmöl ist inzwischen zu einem umfangreich eingesetzten Grundstoff der Lebensmittel- und Kosmetikindustrie geworden. Allerdings hat auch Palmöl inzwischen einen schweren Image-schaden erlitten: Der Vormarsch der Ölpalmen in Indonesien und Malaysia ist mit der Vernichtung von Regenwald verbunden.

Bisher ist die Produktion von Palmöl in Lateinamerika im Vergleich mit Südostasien fast unbedeutend: Nur etwa sechs Prozent der weltweiten Produktion entfallen auf Lateinamerika. Es sind die Wachstumsraten, die beunruhigen. Kolumbien ist heute die führende Palmölnation der Region und will seine Produktion bis 2020 versechsfachen. Andere Länder propagieren ähnliche Wachstumsraten. Aber Palmöl soll in Lateinamerika nicht nur wachsen, sondern auch sein Image verändern. Alle Akteur*innen beschwören immer wieder, dass Lateinamerika kein zweites Indonesien werden soll: Palmöl soll nicht auf gerodeten

Urwald, sondern nur auf „degradierten Flächen“ angebaut werden.

Palmöl wird damit ein Beispiel für neue Formen der Landnutzung, die in einen „grünen“ Diskurs eingebunden werden. Die Palmen produzieren nicht nur eine Ölfrucht, sondern verheißen dem Diskurs zufolge eine bessere, post-fossile Welt. Dadurch werden neue Begründungen konstruiert, die eine „grüne Landnahme“ begünstigen und begleiten. Der grüne Diskurs verliert dabei das Soziale aus dem Blick: Er verschleiert Machtfragen, die Verdrängungs- und Aneignungsformen der Palmölexpansion. Diese vollzieht sich entweder durch großflächige Landnahme oder durch die Verwandlung von Kleinbäuer*innen in abhängige Zulieferer*innen der Palmölindustrie.

Die zweite Großbaustelle der Bioökonomie ist die synthetische Biologie. Sie ist zum einen eine Weiterentwicklung der Gentechnologie und wird daher als extreme Gentechnologie bezeichnet. Klassische Gentechnik überträgt isolierte DNA-Sequenzen über Artgrenzen hinaus. Synthetische Biologie hingegen will Lebensformen nicht nur neu zusammensetzen, sondern neu produzieren. Sie strebt eine neue Ingenieur*innentechnik der Natur an, die mit sogenannten BioBricks – also standardisierten DNA-Bausteinen – neue Lebensformen konstruiert. Auch hier hat die Zukunft be-

.....

Der grüne Diskurs verschleiert Machtfragen und die Verdrängungsformen der Expansion der Bioökonomie.

.....

reits begonnen. So gilt der SmartStax-Mais als eine Kombination aus klassischer und synthetischer Gentechnologie. Er wird in den USA angebaut und darf in die EU als Futtermittel importiert werden. Synthetische Biologie wird immer mehr die Grenzen zwischen „natürlich“ und „künstlich“ verschwinden lassen – und damit wollen die Agrarkonzerne eine neue Zukunft der Landwirtschaft einläuten.

Auch die Gentechnologie hat ein schweres Imageproblem, das ihre Ausbreitung insbesondere in Europa erschwert. Das bisherige Erfolgsmodell, das genetische veränderte Soja, verspricht nicht einmal besondere Vorteile für die Verbraucher*innen. Im Grunde soll es nur den Einsatz des Pflanzengifts Glyphosat optimieren – wahrlich kein Renner

für die Konzernpropaganda. Die kommunikative Zukunft der Gentechnologie sieht ganz anders aus: Biotechnologie (ein viel schönerer Name) soll Hunger und Klimawandel bekämpfen. Der gentechnisch produzierte „Golden Rice“, ist ein Beispiel für neue, aggressive Strategien. Er wird als Wundermittel gegen die Fehlentwicklungen der Welt angepriesen – und Kritiker*innen werden von den Befürworter*innen als Kindermörder*innen gebrandmarkt. Die großen Agrarkonzerne stellen zunehmend den Diskurs um Ernährungssicherung in dem Mittelpunkt und preisen (ihre) technologischen Lösungen als den einzigen möglichen Weg an, um „neun Milliarden Menschen“ zu ernähren. Hoffnungsvolle Anwendungen sollen aber insbesondere auf dem Gebiet der Agartreibstoffe entwickelt werden – womit sich die beiden Baustellen verbinden. So hat das schweizer Agrarchemie- und Biotechnologieunternehmen Syngenta einen Enogen-Mais entwickelt, der speziell für die Produktion von Ethanol gedacht ist. Und die Biotechnologie macht auch vor Bäumen keinen Halt. Für Lateinamerika ist die Ausbreitung transgener Bäume nun schon eine unmittelbare Gefahr: 2015 wurde in Brasilien gentechnisch veränderter Eukalyptus der Firma FuturaGene genehmigt. FuturaGene ist eine 100-prozentige Tochter des brasilianischen Zellulose-Giganten Suzano. Diese genetisch veränderten Bäume zielen bisher lediglich auf die Erhöhung der Produktivität. In der Forschung vorangeschritten sind aber schon genetisch veränderte Bäume, die die Verarbeitung zu Ethanol erleichtern. Auch gentechnisch veränderte Algen gelten als Hoffnungsträger für die Produktion von Treibstoff. Aber auch Algen schaffen nicht die Schöpfung aus dem Nichts, sie brauchen Nahrung. Und in den Klimazielen nicht nur Brasiliens nimmt die Aufforstung einen zentralen Platz ein. Großflächige Landnahme durch Baumplantagen werden im Kontext des Klimawandels „grün“ begründet und durch Biotechnologie optimiert – so soll die schöne, neue Welt der Bioökonomie funktionieren.

Die dritte Baustelle liegt in dem Ansatz, wie aus dem Treibhausgas CO₂ ein Geschäft werden kann.

Bioökonomie bezeichnet noch mehr als neue biobasierte landwirtschaftliche Techniken. Im Kontext des Klimawandel wird Landnutzung in eine neue Perspektive gestellt. Inwieweit kann Landnutzung zur Reduktion oder Speicherung von CO₂ beitragen? Damit entwickeln sich sowohl für den Erhalt

von Wäldern und Feuchtgebieten wie den Anbau von Bäumen und anderen Pflanzen neue Verwertungsformen. Bisher konzentrieren sich die neuen Verwertungsstrategien auf den Erhalt von Wäldern und die damit verbundene Reduktion des Ausstoßes von CO₂. Ist aber erst mal die Reduktion von CO₂ eine über Zertifikate handelbare Ware geworden, dann ist dies auch auf andere Bereiche anwendbar. Die Produktion von Biodiesel etwa ist nicht eine Antwort auf das absehbare Ende des fossilen Zeitalters, sondern soll lediglich das alte Modell mit neuen Schmiermitteln weiterführen, die mit einem nachhaltigeren Anstrich versehen werden. Unter dem Begriff „klimasmarte Landwirtschaft“ werden landwirtschaftliche Nutzungsformen neu strukturiert und bewertet. Was auf den ersten Blick vielleicht als Klimaschutzstrategie attraktiv erscheinen mag, erweist sich oftmals als eine Aufwertung von Praktiken des Agrobusiness. So ist das Flaggschiff der „CO₂-armen Landwirtschaft“ die Direktsaat. Durch den Verzicht auf das Umpflügen des Bodens sollen CO₂-Emissionen reduziert werden. Direktsaat wird

aber insbesondere im Sojanbau in Kombination mit Gensoja und Glyphosaeinsatz praktiziert. Bioökonomie verspricht technologische Antworten auf die entscheidenden Probleme der Menschheit. Sie radikalisiert damit eine Perspektive, die den Schlüssel für die Zukunft in die Hände von Konzernen legen, die wissensbasierte Technologien patentieren und anwenden können. Die Machtkonzentration dieser „Biomasters“ wie Syngenta, Monsanto oder Bayer CropScience steigt. Es sind diese Gruppen, die sich als *Life Science* neu definieren, die Bioökonomie als zentrale Strategie entwickeln und vorantreiben.

Lateinamerika ist jetzt schon – wie die Geschichte des Sojaanbaus zeigt – ein zentrales Operationsfeld der bioökonomisch agierenden Konzerne.

Die vierte – und vielleicht wichtigste Baustelle in dem großen Narrativ rund um die Bioökonomie liegt in dem Konfliktpotential. Denn zum einen entwertet Bioökonomie radikal lokale Ansätze und die Strategien traditioneller Gemeinschaften und indigener Ethnien. Bei der Auseinandersetzung

um Zukunftsstrategien geht es daher nicht nur um beobachtbare oder anvisierte Praktiken der Landnutzung und -aneignung, sondern auch um Narrative. Bioökonomie baut Klimawandel und Hunger als Drohkulisse auf, die jeden Zweifel an ihren Strategien diskreditiert. Zum anderen wird der alte Kampf um Land, der soziale Konflikte in Lateinamerika in den letzten Jahrhunderten so stark geprägt hat, mit Bioökonomie nicht obsolet, sondern erhält eine neue Aktualität und wird – konkret vor Ort im realen Konkurrenzkampf zwischen Green Grabbing und meist kleinbäuerlicher Landwirtschaft – an Schärfe zunehmen. Das Versprechen der Bioökonomie, den Kapitalismus zu retten, indem man den Turbo auf grün schaltet, bedeutet auch, dass Grün auf turbo geschaltet werden muss. Die Natur wird durch die Bioökonomie zu Biomasse und Rohstoff degradiert, wird aber immer noch von Menschen bewohnt und bewirtschaftet. Diese sind nicht einfach Produzent*innen von Biomasse oder Ökosystemleistungen?, sondern soziale Subjekte mit eigenen Geschichten, Kulturen und Strategien, die sie den bioökonomischen Diskursen und Praktiken entgegensetzen. Auch Widerstand definiert sich somit gerade neu.

// Thomas Fatheuer



▲ Agrarreform statt Konzerne Der Kampf um Land wird sich weiter zuspitzen

DIE GRÜNEN PIRAT*INNEN DER KARIBIK

VOLLDAMPF VORAUSS FÜR TOURISMUS, TEAKHOLZ, PALMÖL UND REDD+ UNTER GRÜNER FLAGGE

Von *Green Grabbing* im großen Stil ist in Costa Rica noch nicht die Rede. Aber es gibt im Land mit dem Öko-Image auch Fälle, wo Investor*innen aus angeblichem Umweltschutzinteresse Land kaufen. Fälle, die zeigen, dass dahinter nicht immer nur böse Großkapitalist*innen stehen müssen.

Türkisblaues Meer, weiße Sandstrände, über denen sich Palmen krümmen, dahinter Hügel mit Regenwald, in dem Tukane fliegen und Affen brüllen. Der südliche Karibikabschnitt, um das alte Fischer*innendorf Puerto Viejo, ist in den letzten 20 Jahren zu einem Paradies des alternativen Tourismus geworden. Viele, die diesen tropischen Saum einst für sich entdeckt haben, sind wiedergekommen, geblieben und haben eine immer größere touristische Infrastruktur entstehen lassen. Herbergen, Hotels und Restaurants, Kneipen und Clubs, Boots- und Fahrradvermietung, Mode- oder Makler*innenlokale. Es lässt sich gut leben als Zugezogene in Puerto Viejo und Umgebung. Doch das gute Leben hat seinen Preis – und den zahlen nicht die *expats*.

Ursprünglich wohnten direkt am Meer afrokaribische Gemeinden, ein bisschen die Hügel hinauf die Indigenas der Ngöbe-Buglé. Der auf den ersten Blick sanfte Tourismus hat das radikal geändert. Einstmals bescheidene Landbesitzer*innen haben ihr Land an Zugezogene oft sehr billig verkauft. Aus armen, aber unabhängigen Fischer*innen sind inzwischen abhängig Beschäftigte geworden, die in Küche, Service, Handel oder Putzkräfte gerade mal nach Mindestlohn bezahlt werden. Aber das Leben ist durch den Tourismus teuer geworden. Wer einen Job hat, kommt gerade so über die Runden. Wer keinen hat oder am Ende der Hauptsaison wieder freigesetzt wird, steht schnell vor dem Nichts.

Neue Herrscher*innen hat das Land. Sie kommen aus Kanada, Deutschland, den USA, Italien, der Schweiz oder Argentinien. Sie vermarkten den Ort, ihnen gehört die touristische Infrastruktur, sie

schaffen Jobs und sehen sich als Wohlstandsbringende. Eine starke Interessenvertretung lobbyiert beim Bürgermeister von Puerto Viejo, ihr Einfluss reicht aber offensichtlich bis zur Regierung im vier Stunden entfernten San José. Per Facebookgruppe wird geschimpft, anstatt zu reflektieren, über die steigende Kriminalität und manche halten die angestammte Bevölkerung für undankbar. *Green Grabbing* geht auch „alternativ“.

Costa Rica war in den Neunziger Jahren ein Boomland des *Real Estate*. Insbesondere Nordamerikaner*innen kauften sich massiv ein, auch an der damals noch weitgehend unberührten Pazifikküste in der Provinz Guanacaste. Hier zeigt sich, wie *Green Grabbing* sich gegen die angestammte Bevölkerung richtet.

Ein dreißig Jahre altes Küstenschutzgesetz erklärt die ersten 50 Meter vom Meer landeinwärts zum Staatsbesitz, der nicht besiedelt, bewirtschaftet oder eingezäunt werden darf. Die nächsten 150 Meter dürfen nur eingeschränkt und unter Auflagen genutzt werden. Eigentlich ein gutes Gesetz, das Privatbesitz am Strand verbietet und Einheimischen wie Besucher*innen den Zugang zum Meer

.....
Das gute Leben hat seinen Preis – und den zahlen nicht die *expats*.
.....

garantiert. Das Problem: In diesen Schutzzonen leben Menschen, oft schon seit Jahrzehnten. Und während die angestammten Familien jahrelang erfolglos versucht haben, sich ihre bescheidenen Häuschen legalisieren zu lassen, haben reiche Zugezogene versucht, mittels dieses Gesetzes ihre einheimischen Nachbar*innen loszuwerden.

Olga Duarte stammt aus der kleinen Fischer-gemeinde Playa Pelada. Die zwanzig einheimischen Familien mussten sich jahrelang gegen die Besitzer*innen von Villen und Luxusappartements und Wellnesshotels wehren, die sich mittlerweile die Hügel hinaufziehen und das alte Playa Pelada



▲ Auch Ökos wollen Fun! Am Strand von Puerto Viejo haben nun sie ihren Spaß

einzwängen. Es sind diese Neubesitzer*innen, die das alte Küstenschutzgesetz nutzten, um Räumungsverfahren gegen die Eingessenen in Gang zu bringen. Und fast hätten sie die Kreisverwaltung und die Umweltbehörde überzeugt, die ganze Bucht unterhalb der Hügel unter strengen Naturschutz zu stellen. „Damit versuchen sie, uns von hier weg zu bekommen, um dann ihre Großprojekte direkt an den Strand zu setzen“, schimpft Olga.

Dem alten Playa Pelada wäre so der Zugang zu seinen eigenen Ressourcen, zum Wald, zu Feldstücken, zum Fischfang verboten worden. Soweit ist es nicht gekommen, ein Zusammenschluss dutzender Küstengemeinden hat es geschafft, dass das alte Küstenschutz-Gesetz für angestammte Bewohner*innen zunächst keine Anwendung findet. Aber nicht nur bei Olga hat dieser Kampf Spuren hinterlassen: „Wie ist das möglich, dass Leute, die kaum hier angekommen sind, Häuser in der Schutzzone errichten können? Das haben sie mit Geld gemacht, nicht auf legalem Wege. Ein Abgeordneter hat sogar gesagt, die Strände seien für die Reichen, nicht für die Armen.“

Aber nicht nur Privatpersonen haben sich in Costa Rica niedergelassen, auch Unternehmen haben sich eingekauft. Natürlich im Tourismus, mit riesigen Hotelanlagen vor allem an der Pazifikküste. Ein aktueller Fall in Playa Dantita, ein kleiner Küstenab-

schnitt ebenfalls in Guanacaste. Hier haben sich Investor*innen ein üppiges Stück Land gesichert, dass nun „entwickelt“ wird. Laut Anwohner*innen mit Ferienhäusern, Hotel und Pools im naturbelassenen Ambiente. Der einzige Zugang zum Strand ist nun auf Privatgelände, der Zugang zur Bucht wird Anwohner*innen verwehrt. Das sei gegen Recht und Gesetz, schimpfen die Einheimischen; eine von ihnen initiierte Internetkampagne erfährt aktuell einige Unterstützung.

Das Landgrabbing in Costa Rica betrifft aber längst nicht nur den Tourismus, der vom grünen Image Costa Ricas lebt, mit zwei Millionen Besucher*innen im Jahr und Dutzenden Megatourismusprojekten aber alles andere als grün ist. Im Agrarbereich war es in den letzten drei Jahrzehnten die Ananasproduktion, die Costa Rica zu einem der größten Exporteure der Welt hat aufsteigen lassen und die mit ihrem Pestizidverbrauch zu den schmutzigsten Wirtschaftszweigen des Landes zählt. Aber auch mit angeblich grüner Produktion lassen sich die Kosten für intensiven Landkauf schnell wieder rein holen.

Der Beginn der Karibikebene zwischen der Provinzstadt San Carlos und den Grenzstädtchen Los Chiles und Santa Rosa kurz vor Nicaragua hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten radikal verändert. Bauer Raimundo hat hier noch eine kleine Finca, auf der er Reis, Bohnen und Gemüse anbaut – so

wie das hier früher alle machten. Mittlerweile aber reiht sich auf fast 100 Kilometern eine Plantage an die nächste. „Als der Staat die Förderung der heimischen Landwirtschaft zurückgefahren hat, konnten die meisten hier von der Landwirtschaft nicht mehr leben und haben verkauft“, erklärt Raimundo den Wandel, der hier ab den 1980er Jahren eingesetzt hat.

Besonders im Kommen: der Teakholzanbau. Teakholz-Investmentfirmen in Europa werben mit dem Slogan „Ökologie und Ökonomie in Harmonie“, das Holz sei mit dem FSC-Gütesiegel für nachhaltige Forstwirtschaft ausgezeichnet. Wer Geld hat und es anlegen möchte, kann für knapp 40.000 Euro einen Hektar mit Setzlingen kaufen. Firmen wie die schweizerische Life Forest Group werben mit Renditen zwischen drei und zwölf Prozent.

Ein Blick auf die Costa Rica-Karte der Life Forest Group zeigt mehr als ein Dutzend Plantagen, alle bereits ausverkauft. Der „Bedarf“ nach mehr Plantagen scheint ungebrochen. Auch Costa Ricas Regierung ist glücklich mit dieser Art von Produktion. Das Umweltministerium rechnet wachsenden Wald seiner Klimabilanz gut, man will bis 2021 klimaneutral sein. Mag die Teakholz-Plantagenproduktion zwar nachhaltiger sein als Rodungen im Urwald, so ökologisch wie ein Werbefoto der Investmentgroup mit einem Jaguar im Gehölz suggeriert, ist die Monokulturwirtschaft natürlich auch bei Teak nicht. Und wie die Ananas-, Bananen- oder Ölpalmenproduktion in Costa Rica ist auch der Teakanbau ein Business, von dem die lokale Bevölkerung, wie Bauer Raimundo, nicht viel mehr hat als Tageslohnjobs.

Weitaus länger im Geschäft als die Teakproduzent*innen ist die Palmölindustrie. Auf gut hundert Kilometern um den Pazifiknationalpark Manuel Antonio gibt es auf der Küstenlandstraße nichts anderes zu sehen. Die Gegend ist allerdings schon seit Generationen eine Monokultur. Früher waren es Bananenkulturen, die dann von einem Schädling vernichtet wurden, heute ist es eben die zähe Ölpalme. Es scheint derzeit Absatzprobleme für das Öl zu geben, das normalerweise als Speiseöl in allen möglichen Produkten landet. Die costa-ricanische Palmölindustrie versucht daher derzeit, den Staat und sein staatliches Raffinerieunternehmen Recope dazu zu bewegen, Palmöl als Biosprit zu verarbeiten. Das würde Costa Rica auf seinem Weg zur Klimaneutralität einen großen Schritt voranbringen. Sollte Costa Rica wirklich

massiv ins Biospritgeschäft einsteigen, würden die Ölpalmpflanzungen, diesmal unter dem Deckmantel des Klimaschutzes, einen neuen Boom erfahren.

Klimaschutztechnisch sieht sich Costa Rica auch beim REDD+ Mechanismus gerne als Vorreiter. REDD+ meint die „Reduktion von Emissionen aus Entwaldung und zerstörerischer Waldnutzung in Entwicklungsländern und die Rolle der Erhaltung und nachhaltigen Bewirtschaftung der Wälder, sowie die Verbesserung der Waldkohlenstoffvorräte in Entwicklungsländern“. In der Theorie soll über REDD+ an Länder des Globalen Südens Geld dafür fließen, dass sie ihre Wälder schützen oder wieder aufforsten. Die Bewohner*innen der Wälder müssten eigentlich wichtige Partner*innen im REDD+ Mechanismus sein, denn sie leben oft in und mit den wenigen, noch intakten Waldgebieten.

Doch auch in Costa Rica wird der Widerstand ge-

.....
Neue Herrscher*innen hat das Land. Sie kommen aus Kanada, Deutschland, den USA, Italien, der Schweiz, Argentinien.
.....

gen REDD+ größer. Mariana Porras von der Umweltorganisation COECOceiba hält gerade für indigene Gemeinschaften REDD+ eher für eine Bedrohung als für eine Perspektive: „Die Gemeinschaften, die glauben, von Projekten im Rahmen von REDD einen Nutzen zu haben, die müssen wissen, dass ihr Wald Gegenstand eines Vertrags wird. Und das bedeutet, dass die Nutzung des Waldes auch für die Gemeinden eingeschränkt wird.“ Bestehende Wälder und ihre Bewohner*innen werde REDD+ zu Objekten der Ausdehnung des grünen Kapitalismus machen, von umweltschädlichen Unternehmen und von Marktspekulanten. So verstärkte REDD+ den Vertreibungsdruck auf die Bewohner*innen von Waldgebieten.

Umweltpolitik hat in Costa Rica immer schon einen eher strikten Naturschutz-Ansatz gehabt. Die lokale Bevölkerung ist oft nur ungenügend eingebunden worden, Umweltschutz außerhalb staatlicher oder privater Schutzzonen findet praktisch nicht statt. Eine solche Natur lockt in dem Maße Investor*innen an, wie andere ausgeschlossen werden können. Einen freien Zugang zur Natur kennt Costa Rica nur am Strand. Und auch das nicht mehr überall.

// Markus Plate

VOM TELLER IN DEN TANK

DIE FÖRDERUNG DER ALGENZUCHT FÜR AGROTREIBSTOFFE BEDROHT DIE EXISTENZGRUNDLAGEN DER ALGENFISCHER*INNEN VON CHILES KÜSTE

Chiles altehrwürdige Küstendörfer sind Hochburgen der Algen-Fischerei. Jährlich werden bis zu 500.000 Tonnen dieser Gourmet-Spezialitäten nach Japan, China, Spanien und in die USA exportiert. Mit Jahresumsätzen um die 300 Millionen US-Dollar ist das ein florierendes Geschäft für Handel und Export. Weniger lukrativ ist es für diejenigen, die nach den Algen tauchen: die *Alguerxs*. Algenfischer*innen und -sammler*innen, die während der Sommermonate an den Stränden von Pichilemu und Bucalemu Algen und Muscheln sammeln. Nun bedroht die Förderung des Algenanbaus zur Gewinnung von Biosprit ihre Existenz.

Pichilemu und Bucalemu sind begehrte Badeorte in der Region O'Higgins, rund 200 Kilometer südwestlich von Santiago de Chile. Pichilemu und Bucalemu bedeuten in der Mapuche-Sprache Mapugundún „kleiner Wald“ und „grosser Wald.“ Unter Surfer*innen ist in Pichilemu vor allem der Strand von Punta de Lobos wegen seiner langen Wellen beliebt. Doch die Badeorte sind gleichzeitig traditionelle Küstendörfer der chilenischen Algen-Fischerei. Es ist ein unscheinbares, extraktives Gewerbe, eine Sammelwirtschaft in der Aquakultur, das mindestens 35.000 Algenfischer*innen und -sammler*innen beschäftigt. Jahr für Jahr gewinnen sie rund 700.000 Tonnen von 18 verschiedenen

.....
Von der Grenze zu Peru bis nach Feuerland ist Chiles See privatisiert und auf sieben Großreedereien aufgeteilt.
.....

Algenarten aus dem Meer oder züchten sie dort. Die Algen tragen Namen wie Chascón, Luga Negra, Luga Roja, Chicorea del Mar oder Luche. Bis zu 500.000 Tonnen werden jedes Jahr nach Japan, China, Spanien und in die USA exportiert, denn die Algen sind nicht nur bei Gourmets äußerst beliebt.

Mit Jahresumsätzen um die 300 Millionen US-Dollar, so hat die für Fischerei zuständige Abteilung Subpesca des chilenischen Wirtschafts- und Tourismusministeriums errechnet, sind Algen ein gutes Geschäft für Händler*innen und Exporteur*innen, doch nicht so blühend für die *Alguerxs*.

Von September bis März, wenn sich der feuchtkalte Winter aus Zentralchile zurückzieht, verändert sich das Landschaftsbild an den Stränden von Pichilemu und Bucalemu. Dann strömen hunderte von *Alguerxs* aus dem Hinterland an den Pazifik, schlagen ihre Zelte auf, in denen sie die Frühlings- und Sommersaison verbringen werden, und erobern die mit Muschel bespickten, rutschigen Klippen in der Brandung, wo pünktlich zur wärmeren Jahreszeit neue Algen-Kolonien aus dem Meeresboden schießen.

Nach durchzechten Sommernächten stolpern die Tourist*innen erst spät aus ihren Betten in Pichilemu und Bucalemu. Anders am Strand, wo die Fischer*innen bei Sonnenaufgang von ihren Fängen zurückkehren und die *Alguerxs* nach magerem Frühstück in Richtung Brandung aufbrechen. Nur die Surfer*innen, ein paar hundert Meter tief im silbern schimmernden Meer als vereinzelt Silhouetten zu erkennen, sind auch Frühaufsteher*innen, denen die *Alguerxs* gern mal zuwinken.

Gegen acht Uhr morgens ist eine Gruppe von etwa dreißig Algen- und Muschelsammlerinnen, die mit ihren Rucksäcken *Made in China* – in denen sie kaum mehr als eine Thermosflasche mit warmen, milchigem Tee tragen – zu Fuß Kurs auf die Brandung nimmt. In Chiles Sommer scheint die Sonne, doch es weht ein kalter Wind über Wellen und Dünen und eisig ist dieses Meer, in das die Frauen ihre ungeschützten Beine und Füße tauchen. Wie geschmeidige Katzen oder geübte Seevögel hüpfen und erklimmen sie die glitschigen, Wellen umbrandeten und mit messerscharfen Muschelkolonien bewachsenen Felsen, an deren Füßen das Algengebüsch vom Wellengang hin und her geschaukelt wird.

Der aus der Antarktis kommende, parallel zu den Anden gen Galápagos-Inseln fließende, eiskalte Humboldt-Strom umspült hier die Küste mit einer um sieben bis acht Grad Celsius niedrigeren Wassertemperatur als draußen auf hoher See. Er gilt als die lebenspendenste Strömung der Weltmeere, in dem allerlei Lebewesen gedeihen und schließlich an die Felsen von Pichilemu und Bucalemu gespült werden: Grünalgen, die beliebte Meereralge Cochayuyo, schwarz gepanzerte, leckere Chorito-Muscheln, rote Manteltiere, Seeigel und Locos, grosse Meeresschnecken aus der Familie der Stachelschnecken. Ganz zu schweigen vom Gewimmel winziger Ozeanbewohner*innen, die nur die Argusaugen der Möven und Fischreiher erkennen.

Manchmal erklimmen die *Algueras* einen hohen Felsen und halten mit der Schatten spendenden, gegen die Stirn gelegten Hand Ausschau auf den flimmernden Pazifik, der ihnen Dankbarkeit und Ehrfurcht abverlangt, so als würden sie flüstern „All das gehört uns, den Algensammlerinnen!“ Gemeint ist damit die *área especial de manejo*, das Sondergelände für nachhaltiges Wirtschaften. Diese ist ausschließlich für die sogenannten benthischen Ressourcen reserviert. Dabei handelt es

sich um die Gesamtheit aller in der Bodenzone eines Gewässers, dem Benthos, vorkommenden Lebewesen. Die Sonderzone ist eine auf unbestimmte Zeit von den Behörden vergebene Konzession, die in der Regel ein rund 7,6 Hektar großes Meeresgebiet umfasst.

Bis Anfang der 2000er war die Algenfischerei ein ausschließliches Männergewerbe. Es waren die Männer, die ins Wasser abtauchten und Algen herausfischten, ihren Freundinnen und Ehefrauen fiel die Sammlung und Bündelung der Meeresalgen zu. Gebündelt und gestapelt landeten die Seemonster ähnlichen Cochayuyos auf jedem chilenischen Fisch- und Gemüsemarkt. Die Frauen verdienten kein Geld mit ihrer Arbeit und wurden zudem oft von ihren Liebhabern und Ehemännern herabgewürdigt und regelmässig verprügelt. Laut statistischen Erhebungen des Staates zu innerfamiliärer Gewalt und Sexualstraftaten fallen 32 Prozent aller Chileninnen zwischen 15 und 65 Jahren solchen Straftaten zum Opfer.

Es war die kämpferische Lidia Jiménez, Algenbündlerin und Ehefrau eines Tauchers, die Frauen dazu aufrief, eine Gewerkschaft der Algen- und Muschelsammlerinnen zu gründen. Die im Jahr 2001 von 35 Frauen gegründete Gewerkschaft der

▼ **Aus dem Meer und mehr und mehr begehrt** Die Cochayuyo-Algen von der chilenischen Küste





Foto: Foto: Felipe Contreras (CC BY 2.0)

▲ **Punta de Lobos in Pichilemu am Humboldt-Strom** Kühle Meeresströmung befördert Biodiversität

Algensammlerinnen von Pichilemu war die erste ihrer Art in ganz Südamerika. Doch bis dahin war es ein neun Jahre dauernder, dorniger Weg, gepflastert mit Diskriminierungen und zähen Kämpfen gegen den Machismo von Ehemännern und Kollegen, in ihrer Mehrheit Fischer und Taucher. In der *Alguera*-Gewerkschaft erzählten einige Frauen zunächst nur unter vier Augen, dass sie von ihren Ehemännern geschlagen worden seien, um sie von der Genossenschaftsgründung abzuhalten. Es bedurfte einiger Überredungskunst der Geschäftsführerin, um ihre Kolleginnen zur Klage wegen körperlicher Misshandlung zu ermutigen.

Die entscheidende Unterstützung erhielten die *Algueras* von unerwarteter Seite, nämlich von der Marine, die für die Legalisierung des Seegeländes zuständig ist. Die Armada schenkte ihnen 35 Taucher*innenanzüge und Angelwerkzeug, zudem Kunststoffplanen als Regenschutz für ihre gesammelten und gestapelten Algen.

Dann entwickelte sich ihr Geschäft. Arbeiteten die Frauen vorher unentgeltlich für ihre Ehemänner, verdienen sie in der sommerlichen Hochsaison nun wenigstens 250.000 Pesos – das sind derzeit umgerechnet 330 Euro. Im Winter verdienen sie maximal 70.000 Pesos, rund 90 Euro, weshalb die Algensammlerinnen ihre Einkünfte mit dem Wiederverkauf von Kunsthandwerk, als Reinigungskräfte und Pilzsammlerinnen aufzubessern versuchen.

Was die *Algueras* bisher nicht verbessern konnten, ist der Endpreis ihrer Algen, der sich zwischen der Verladung auf die Lastkraftwagen der Zwischenhändler*innen und der Entladung im internationalen Hafen von San Antonio mindestens vervierfacht. Die Klage über diese Ausbeutung durch den Markt ist von den Algensammler*innen landesweit zu hören. Víctor Águila, Gewerkschaftsführer der Federación Rivera Norte, beschwerte sich in chilenischen Medien über die niedrigen Preisangebote der Zwischenhändler*innen. Felipe Ojeda, Vorsitzender der Vereinigung Algas Chile schlug

.....
Die Algenbündlerin Lidia Jiménez rief die Frauen dazu auf, eine *Alguera*-Gewerkschaft zu gründen.
.....

Alarm: Die hoch verschuldeten *Alguerxs* könnten ihre Schulden nicht mehr bezahlen, 400 Bewirtschaftungskonzessionen seien schon 2013 wegen Zahlungsunfähigkeit den Algensammler*innen entzogen worden.

Doch die größten Bedrohungen für die Algensammler*innen stammen aus jüngster Zeit. Während die *Alguera*-Genossenschaft erste kleine Erfolge erzielte, erließ Präsident Sebastián Piñera 2012 gegen Ende seiner Amtszeit, das neue Fischereigesetz „Ley Longueira“. Bei Bekanntwerden rea-

gierten tausende von Kleinfischer*innen mit einem Proteststurm, da sie durch das neue Gesetz ihre Existenz bedroht sehen. Durch das Gesetz wurde die chilenische See von der Grenze nach Peru bis nach Feuerland privatisiert und auf sieben Großreedereien aufgeteilt. Für die Kleinfischer*innen reservierte der Staat einen nur einen Kilometer breiten Küstenstreifen, auf dem sie zusammengefercht ihrer Kleinfischerei nachgehen können. Die Kleinfischer*innen seien, laut Politik, ohnehin eine aussterbende Zunft. Der Vorschlag der Politik: Der Aufbau einer Agrartreibstoffindustrie. Dafür wäre aber ein grundlegender Wandel in Chiles verbliebener Kleinfischerei durchzusetzen.

Sie mussten jahrelang auf die von der Regierung Piñera versprochenen Reparationszahlungen für ihre Tsunami-Schäden warten. Auch von der Nachfolgeregierung Michelle Bachelets wurden sie kaum in angemessener Weise entschädigt. Heute fühlen sich die *Alguerxs* grundsätzlich von Politiker*innen und Regierung, egal welcher Partei, verlassen. Auch Luis Cordero Godoy, Teil einer Familie, die am Strandort La Lancha von Bucalemu seit 50 Jahren Algen fischt, ist pessimistisch: Zwar könne man in seinem Gewerbe ein paar Monate im Jahr gutes Geld verdienen, doch sei die Zunft nicht als Beruf anerkannt und entbehre jeder sozialen Sicherung, wie Kranken- und Rentenversicherung.



Foto: Jeff Kubina (CC BY SA 2.0)

▲ **Direkt aus dem Meer auf den Tisch** Algen, Seetang und Seegrass für den Teller, bald aber auch als Spirit

Der Politik und den an dem neuen Geschäft interessierten Unternehmen spielte ein äußerer Faktor zufällig in die Hände: Am 27. Februar 2010 wurde Zentral-Südküste von einer verheerenden Kombination von Erd- und Seebeben der Stärke 8,8 auf der Richterskala heimgesucht. Der wenige Stunden später einsetzende Tsunami fegte mit über 30 Meter hohen Wellen über die Küste der Region Libertador Bernardo O'Higgins und spülte Straßen, Häuser und Fischerboote vor sich her, als sei es Kinderspielzeug. Als der Ozean wieder abebbte, glich Bucalemu einem Schlachtfeld. Nichts als Trümmer.

Am härtesten betroffen waren die Klein- und Algenfischer*innen, etwa 1.000 Personen, die zur Sommersaison nahezu 40 Prozent der Algenverladungen für den Binnenmarkt erwirtschaften.

Hinzu kommt der immense wirtschaftliche Druck auf die *Alguerxs* durch die Fünffachbelastung – Kontrolle der Preise durch Zwischenhändler*innen, Tsunami, neues Fischereigesetz und Überfischung durch die Großreedereien sowie mangelnde Sozialversicherung. Dies hat dazu geführt, dass auch die Kleinfischer*innen selbst sich einem intensiven Wettbewerb ausgesetzt sehen und sich an dem Raubbau an den unterseeischen Algenwäldern beteiligen. Damit ist absehbar, dass die Reserven in maximal 20 Jahren erschöpft sein werden.

Politik und Unternehmen entwickelten unterdessen einen neuen Plan: Es wurde die Idee geboren, 3.000 Kilometer Küste für Biosprit zu nutzen. Der Plan, Algen zu Agrartreibstoff zu verarbeiten, stammt vom Konsortium BAL Biofuels S.A. und der chilenischen Universität de los Lagos. Der US-



▲ Algen frisch gebündelt für den Markt Cochayuyo sind nicht nur bei Gourmets beliebt

amerikanische Konzern Biofuels erhielt – kaum war das neoliberale Fischereigesetz in Kraft – von Chiles Regierung eine Bewirtschaftungskonzession beachtlichen Ausmaßes in der patagonischen See. Das Konsortium wehrt sich gegen den Vorwurf, nur Sprit im Ozean zu produzieren und verweist auf die Nutzung seiner Algen als Rohstoff mit viel-

fältiger Anwendung. Doch Biofuels ist bereits der erste Schritt hin zur Privatisierung der traditionellen Algenwirtschaft gelungen: Ein Wasserplantagensystem, in dem die einstigen *Alguerxs* nur noch als billige Arbeitskräfte eine Zukunft haben.

Für die Pilotprojekt-Phase des Biosprit-Programms stellte die chilenische Regierung 31,6 Millionen

VON KLEINFISCHEREI, ALGENTAUCHEN UND AQUAKULTUREN

Einschließlich der Inselgruppen Juan Fernández und Rapa Nui hat Chile 6.500 Kilometer Küste. Durch die dort vorherrschende kalte, biologische Wachstumsprozesse fördernde Humboldt-Meereströmung und die hohe Biodiversität ist Chile ein für die Gewinnung von Meeresnahrungsmitteln prädestiniertes Land und rangiert unter den zehn größten Fischerei-Ökonomien der Welt. Laut FAO (2014), beschäftigt die Fischerei des Andenlandes 90.000 Menschen im extraktiven Sektor. Dessen Fänge betragen 3,6 Millionen Tonnen im Jahr 2012, mit entsprechenden Exporterlösen von 4,3 Milliarden US-Dollar.

Wegen Überfischung und kollabierender Nahrungsfischarten (Stöcker, Kleine Anchovi, Sardine, Seehecht und Rochen) erlebt die chilenische Fischerei seit 2013 jedoch ihre bedrohlichste Krise, mit einschneidenden Umsatzeinbrüchen.

Mit 3.200 Betriebskonzessionen hat die Aquakultur einen beachtlichen Anteil an der Produktionskette der chilenischen Fischerei, als ihr letztes Glied gilt die Algengewinnung, mit rund 700.000 Tonnen im Jahr. In Chile werden 18 verschiedene Algenarten gezüchtet, darunter vor allem Chascón (*Macrocystis pyrifera*), Luga Negra (*Sarcothalia crispata*), Luga Roja (*Gigartina skottsbergii*), Chicorea del Mar (*Chondracanthus chamissoi*) und Luche (*Pyropia sp.*)

US-Dollar zur Verfügung. Hauptziel ist die Technologie-Entwicklung für die Verarbeitung von Algen zu Treibstoff. Begünstigt wurden neben BAL Biofuels die Konsortien Desert Bionergy und AlgaFuels, private Unternehmen, denen – entsprechend den Richtlinien der Nationalen Energie-Kommission

.....
Algen verfügen über ein Potenzial von 2.300 l/ha je Jahr, also fast das Doppelte des brasilianischen Zuckerrohrs.
.....

und des Unternehmerverbandes CORFO – stets eine private, chilenische Universität zur Verfügung steht. Forscher*innen und Unternehmer*innen versprechen sich Wunder: Makroalgen verfügen über ein nachhaltiges und billiges Leistungspotenzial von 2.300 Litern Ethanol je Hektar und Jahr, also die doppelte Ethanol-Leistung des brasilianischen Zuckerrohrs, die bei 1.200 Liter liegt. Laut Politik und Unternehmen sollen diese auf dreitausend Kilometer Küstenlänge mit hoher Sonneneinstrahlung, ideal für die Photosynthese, gezüchtet werden. In diesen Dimensionen startete Chiles Regierung die Werbung für das Biosprit-Programm. An der Küste der patagonischen Insel Chiloé erhielt Biofuels zunächst ein 40 Hektar großes Seegebiet für die Algenexploration. Doch ist die Verarbeitungstechnologie, also das Pressen der Algen und die Destillierung, bisher nicht erprobt und

ausgereift. Sobald dieser Schritt getan ist, sind den Ausmaßen der Algenfarmen jedoch keine Grenzen mehr gesetzt.

Und die Zukunft der *Algueras*? An einem schönen Wochenende geschah etwas Unerwartetes in den Räumen der öffentlichen Schule Liceo Insular de Achao, auf Chiloé: Bürgermeister, Behörden und die Geschäftsführung von Biofuels riefen die Fischer*innen und Algensammler*innen dazu auf, sich für ein „Programm für Umwelterziehung und Qualifizierung“ anzumelden. Denn, so der Firmensprecher, „Umwelterziehung und Qualifizierung schließt alle Akteure ein, die in der Zukunft in dieser neuen Industrie ein Zuhause haben könnten“. Er ließ offen, ob er damit meinte, die Algensammler*innen könnten in Zukunft als Angestellte arbeiten – oder aber ob das Konzept der Vertragslandwirtschaft nun auch die Weltmeere erobern sollte. Dann kam der Firmensprecher auch gleich zur Sache: „Leider wird die Algen-Verarbeitungsindustrie derzeit allein durch das Sammeln aus natürlichem Wassergelände versorgt, und noch wenig durch Ausbeute durch kultivierten Anbau in Kulturen“. Die für den industriellen Anbau eigentlich relevanten Algen, so fuhr er fort, „wie zum Beispiel die Rotalgen *Gracilaria chilensis*“, würde noch viel zu wenig gesammelt.

Die herbei gerufenen *Alguerxs* schauten sich überrascht an. Die Umschulung hatte bereits begonnen.

// F.F.

▼ **Wohin führt der Weg?** Algensammler*innen stehen vor einer ungewissen Zukunft



Foto: Mariano Wamta (CC BY-NC 2.0)

DIE NEUE GRÜNE LANDNAHME

EINE KURZE BILANZ AUS ZEHN JAHREN WALDSCHUTZ ALS INSTRUMENT GEGEN KLIMAWANDEL

REDD+ Projekte sollen Waldzerstörung verhindern und so die Freisetzung von Treibhausgasen reduzieren. 2014 gab die FIFA bekannt, dass sie unter anderem Emissionsgutschriften aus Waldschutzprojekten kaufen werde, um einen Teil der im Rahmen der Fußballweltmeisterschaft 2014 in Brasilien freigesetzten Treibhausgasemissionen zu kompensieren. Die Landrechtsfrage ist für Teile des Waldes der REDD+ Projekte jedoch nicht geklärt. Nur eines von vielen Beispielen für die perfidere Form von Landnahme durch REDD+ Projekte.

Wald zu erhalten oder übernutzte Wälder zu renaturieren, ist generell und auch für den Klimaschutz eine gute Sache. Dieser Gedanke steht hinter der Idee, den Erhalt von Wäldern in tropischen Regionen, als für das globale Klima wichtigen Kohlenstoffspeicher zu finanzieren. Im Fachjargon ist die Idee gemäß der englischen Abkürzung als REDD+ bekannt.

REDD+ steht für *Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation*. Im Rahmen der UN-Klimaverhandlungen entwickelt, soll es ein Instrument für den Schutz von Wäldern als natürliche Kohlenstoffspeicher darstellen und so Treibhausga-

.....
REDD+ packt die Ursachen großflächiger Waldzerstörung nicht an, sondern wird zum Instrument der Landnahme.
.....

emission reduzieren. Durch finanzielle Anreize soll die Abholzung von Wäldern verhindert werden, bei der Kohlenstoff freigesetzt würde, der in den Bäumen gebunden ist. Wie genau die REDD+ Maßnahmen finanziert werden sollen, ist umstritten. Eine Option, die auch bei den UN-Klimaverhandlungen im Dezember in Paris auf der Tagesordnung steht, ist der Verkauf von Emissionsgutschriften. Diesen markt-basierten Ansatz nutzt die Mehrzahl

der bestehenden REDD+ Projekte schon jetzt: Gemäß Berechnungen, wieviel Kohlenstoff im Wald gespeichert ist, und wieviel CO₂ bei zukünftigem Waldverlust freigesetzt würde, bieten die privaten Waldbesitzer*innen oder Staaten CO₂-Emissionsgutschriften auf dem freiwilligen Markt dafür an (siehe LN 490).

Eine Gutschrift entspricht dabei einer Tonne eingespartem Kohlendioxid. Käufer*innen einer Emissionsgutschrift erwerben das Recht, eine Tonne Kohlendioxid mehr auszustoßen, als ihnen rechtlich oder moralisch zusteht. Mit dem Kauf der Gutschrift wird somit die rechtliche oder moralische Grenzüberschreitung annulliert, Käufer*innen werden der Verantwortung für die zusätzliche Treibhausgasemission entbunden. Dies gilt jedoch nur, solange die Gutschrift auch gedeckt ist. Sprich, das REDD+ Projekt muss jeder Zeit den Nachweis erbringen können, dass der Kohlenstoff solange im Wald gebunden bleibt, wie die von den Käufer*innen verursachte und mit der Gutschrift kompensierte Freisetzung von Kohlendioxid das Klima beeinflusst – mindestens 99 Jahre, sagen die Wissenschaftler*innen des Zwischenstaatlichen Ausschusses über Klimaveränderung (IPCC). Beim Handel mit Emissionsgutschriften aus REDD+ Maßnahmen werden also in der Regel nicht Land oder Konzessionsrechte verkauft oder verpachtet, sondern vielmehr treten die Betreiber*innen der REDD-Maßnahme das Recht ab, über die Nutzung des Waldes, die Emissionen verursacht, zu entscheiden. Kaufverträge über Emissionsgutschriften aus REDD+ Projekten sichern aus diesem Grund den Käufer*innen uneingeschränkten Zugang zum REDD+ Projektgebiet zu. Mehr noch, die Verträge verpflichten die Waldnutzenden im Gegenzug zum Erhalt der (oft einmaligen) Zahlung, aktuelle und vorausgesagte Emissionen durch Waldnutzung beziehungsweise Waldzerstörung zu verhindern, indem sie für die langjährige Laufzeit des Vertrags auf Holzeinschlag, Wanderfeldbau und eine Reihe anderer Aktivitäten im Wald verzichten.



Foto: Chris Barfink (CC BY ND 2.0)

▲ **Den Wald erhalten** Aber nicht auf Kosten der dort lebenden Menschen

Soweit die Theorie. Die Bilanz aus zehn Jahren REDD+ in der Praxis zeigt jedoch, dass wenn Konzept und Umsetzung aufeinandertreffen, die schö-

ne Theorie von REDD+ als Klimaschutzinstrument, das auch Wald und Waldbewohner*innen Vorteile beschert, sich in die bittere Realität von REDD+ als

REDD+ IN LATEINAMERIKA

Milliarden von Euros wurden in den letzten Jahren in die Planung und Umsetzung von REDD+ gesteckt. Insbesondere die Weltbank und die Vereinten Nationen (über UN-REDD) finanzieren und beraten Länder des Globalen Südens in der Vorbereitung nationaler flächendeckender REDD+ Strategien und bei der Durchführung von Pilotprojekten. Die deutsche Regierung ist nach Norwegen größte Geldgeberin. UN-REDD listet 17 Partnerländer in Lateinamerika und der Karibik auf, bei der Forest Carbon Partnership Facility der Weltbank gibt es 18 registrierte lateinamerikanische REDD-Länder, bei dem „Forest Investment Programm“ der Weltbank sind es sechs. In diesen Ländern werden Berechnungen, Kartierungen, der Umbau der Umweltinstitutionen und -gesetzgebung vorgenommen und teilweise REDD-Testprojekte durchgeführt. Gleichzeitig gibt es seit ein paar Jahren viele private oder von Nichtregierungsorganisationen gegründete REDD-Projekte, die keinen UN- oder Weltbankstandards unterliegen und schon seit Längerem Waldgutschriften verkaufen.

// **Magdalena Heuwieser**

ABLENKUNG VON URSACHEN DER WALDZERSTÖRUNG – KOMMENTARE AUS HONDURAS

„REDD+ ist eine beschämende Initiative, die mit der Tatsache zu tun hat, dass wir die Wälder schützen, um den Ländern von Europa und Nordamerika ihr Recht zu gewährleisten, denselben Rhythmus des Konsums und der Verschmutzung beizubehalten.“

**// Umweltaktivist Pedro Landa, CEHPRODEC
(Centro Hondureño de Promoción al Desarrollo Comunitario).**

„Die REDD-Projekte sind eine andere Form, unsere Gemeingüter der Natur zu konzessionieren/privatisieren. Sie sind Bestandteil des großen transnationalen und privaten Interesses, neue ‚Ökosystemdienstleistungs‘-Märkte zu eröffnen. Sie setzen einen Preis auf unsere Wälder. [...] Sie bedeuten einen Verlust der Möglichkeiten, die strukturellen Ursachen des Klimawandels in Angriff zu nehmen.“

**// Stellungnahme von COPINH
(Consejo Cívico de Organizaciones Populares e Indígenas de Honduras)**

Instrument der Landnahme verkehrt. Es handelt sich hierbei nicht nur um Landnahme im „klassischen“ Sinne. Die perfidere Form von Landnahme durch REDD+ Projekte liegt grundsätzlich im Ansatz von REDD+ als Kompensationsinstrument.

Online-Plattformen wie der englisch-sprachige *REDD-Monitor* belegen eindrücklich, wie Betreiber*innen von REDD+ Projekten ungelöste Landrechtsfragen ausnutzen, um traditionellen Waldnutzer*innen ihr Land streitig zu machen. Oft sind diese nicht angemessen an der Ausarbeitung der Nutzungseinschränkungen beteiligt. Oder die vertraglich festgelegten Nutzungseinschränkungen, die Treibhausgasemissionen reduzieren sollen, wurden gar gegen den Willen oder ohne das Wissen der traditionellen Waldnutzer*innen vereinbart, dann aber mithilfe von oft bewaffneten

durch Waldbewohner*innen Zielscheiben fast aller REDD+ Projekte sind, die großflächige Waldzerstörung für industrielle Landwirtschaft und der Anbau von Exportprodukten wie Soja, Palmöl, Fleisch oder Zellstoff aber weitgehend unbehelligt voranschreiten.

Zwei Beispiele aus Lateinamerika veranschaulichen, warum REDD+ nicht nur im Ansatz ungeeignet ist, die Ursachen großflächiger Waldzerstörung anzupacken, sondern in der Praxis auch zum Instrument der Landnahme wird.

Tristan Lecomte ist in Frankreich bekannt als Vorreiter für verantwortliche Investitionen des Privatsektors. Die von ihm gegründete Organisation Pur Projet betreibt in der Region Martín Sagrado in Peru ein REDD+ Projekt. Das Projekt arbeitet mit einer lokalen Kooperative zusammen, die auch von der Regionalregierung die Waldschutzkonzession erhielt, in deren Gebiet das REDD-Projekt umgesetzt wird. Doch die Landrechtsfrage für Teile des Waldes ist ungeklärt, und für die indigenen Gemeinden, die in der Region leben, hat die Klärung der Landrechtsfrage Priorität. „Von den elf Shawi-Gemeinden haben einige Landtitel, andere nicht. Dass wir keine Landtitel haben, ist unfair, denn als indigene Völker dieser Region haben wir den Wald immer geschützt, er ernährt uns, gibt uns Wild zum Jagen und Medizinalpflanzen, die uns heilen. Wir wollen das Schutzgebiet nicht. Zuerst brauchen wir Landrechte, dann können wir über Projekte reden“, erklärte eine Bewohnerin gegenüber der französischen Umweltorganisation Freunde der Erde, die die Gemeinden im November 2013 besuchte.

„Wir wollen das Schutzgebiet nicht. Zuerst brauchen wir Landrechte, dann können wir über Projekte reden.“

Projektpatrouillen kontrolliert.

Anfang des Jahres veröffentlichte das World Rainforest Movement, eine internationale Nichtregierungsorganisation mit Sitz in Montevideo, Uruguay, die Studie *REDD: A Collection of Conflicts, Contradictions and Lies*. Anhand von 24 Beispielen verdeutlicht die Studie, warum kleinbäuerliche Landwirtschaft und die traditionelle Nutzung

Die Umweltorganisation erfuhr auch, dass die Rechte an der Vermarktung der Emissionsgutschriften zu 100 Prozent bei Pur Projet liegen, nicht bei der lokalen Kooperative. Pur Projet vermarktet das REDD+ Projekt dennoch als Modell für partizipativen Naturschutz. Dies wird jedoch umso fragwürdiger, je genauer man sich die vertraglichen Vereinbarungen ansieht. Wenn im Rahmen des

formal geschützten Waldstück gespeichert ist. Die aus solchen Exklusiv-Verträgen mit solch langen Laufzeiten erwachsenden Konsequenzen und Verpflichtungen sind den Kleinbäuer*innen, die den Vertrag mit der lokalen Kooperative abschließen, in der Regel nicht bekannt. Auf der Basis dieser Exklusiv-Verträge vermarktet dann Pur Projet Emissionsgutschriften. Käufer*innen von Pur



Foto: Roberto Viniçius (CC-BY-NC-ND 2.0)

▲ **Agrarreform statt Plantagen** Auch Eukalyptusplantagen binden Kohlenstoff – wenn auch nur bis die Bäume geerntet werden. Emissionsgutschriften verkaufen viele von ihnen trotzdem. Kleinbäuer*innenbewegungen fordern stattdessen, das Land der Agrarreform zuzuführen

Pur Projets ein Baum gepflanzt wird oder ein Stück Wald formal geschützt wird, unterschreiben die Kleinbäuer*innen, die das Land nutzen, einen Kohlenstoffvertrag mit der lokalen Kooperative. Gleichzeitig unterzeichnen Pur Projet und die Kooperative einen Vertrag mit 80-jähriger Laufzeit. Während diesem Zeitraum werden Pur Projet die exklusiven Rechte am Kohlenstoff zugesichert, der während der Vertragslaufzeit im Baum oder auf dem nun

Projek-Emissionsgutschriften sind unter anderem der Energiekonzern GDF Suez Energy Services, die Baufirma Vinci und der Nahrungsmittelkonzern Vittel.

Nicht viel anders läuft es in Brasilien. 2014 gab die FIFA bekannt, dass sie unter anderem Emissionsgutschriften aus Waldschutzprojekten kaufen werde, um einen Teil der im Rahmen der Fußballweltmeisterschaft 2014 in Brasilien freigesetzten

Treibhausgasemissionen zu kompensieren. Eines der ausgewählten Kompensationsprojekte ist das Purus Projekt in Acre, Brasilien. Wie in weiten Teilen der Amazonasregion, ist auch in der Region, in der die Firma Moura & Rosa das Purus REDD+ Projekt umsetzt, die Landrechtsfrage für Teile des Waldes ungeklärt. Viele der Familien haben rechtlich Anspruch auf den von ihnen bewirtschafteten Wald, sie besitzen jedoch in den meisten Fällen

.....
Die festgelegten Nutzungseinschränkungen werden auch von bewaffneten Projektpatrouillen kontrolliert.
.....

keine Dokumente, die dies bezeugen. Kleinbäuer*innen sowie Kautschukzapfer*innen, die den Wald im REDD+ Projektgebiet bewirtschaften, wurden vom REDD+ Projektbetreiber Moura & Rosa aufgefordert, ein Dokument zu unterschreiben – angeblich als Nachweis für ihre Teil-

nahme am Projekt. „Ich fragte, ob das Dokument mir schaden könne. Er [der Vertreter von Moura & Rosa, Anm.d.A.] verneinte das. Er sagte, ich könne ruhig unterschreiben, es sei lediglich eine Versicherung für uns, dass wir auch von dem Projekt profitieren werden“, erklärte ein Bewohner. Was der Vertreter von Moura & Rosa offensichtlich verschwiegen war, dass diejenigen, die das „Memorandum“ unterzeichneten, ein Dokument unterschrieben, das Moura & Rosa als rechtmäßigen Besitzer des Waldes, in dem sich das REDD+ Projekt befindet, anerkennt. Sollten die Bewohner*innen zu einem späteren Zeitpunkt versuchen, ihre eigenen Ansprüche als langjährige Nutzer*innen des Waldes geltend zu machen, wäre das Dokument ein folgenschweres Hindernis auf dem Weg hin zu mehr Rechtssicherheit für Kleinbäuer*innen sowie Kautschukzapfer*innen. Zudem verbietet das REDD+ Projekt, wie viele andere REDD+ Projekte auch, den Wanderfeldbau und die Anlage von Gärten zur Nahrungsmittelproduktion im Wald.

// Jutta Kill

.....
DIE INWERTSETZUNG VON NATUR

Die ökonomische Bewertung der Wälder ist ein weiterer Grund, warum von indigenen Bewegungen teilweise großer Widerstand gegen REDD+ ausgeht. So stellt sich auch die honduranische Lenca-Organisation COPINH gegen die „Merkantilisierung der Wälder, der Natur und des Lebens, da der Wald nur hinsichtlich seiner Kapazität der Kohlenstoffdioxid-Aufnahme wertgeschätzt und verwertet wird“. Wie kann in einer CO₂-Menge oder Geldsumme ausgedrückt werden, dass ein Wald für Lenca-Gemeinden lebensnotwendig und für kulturelle und spirituelle Praktiken unverzichtbar ist, dass es sich um komplexe Commons und nicht um eindimensionales „Naturkapital“ handelt? Mit REDD+ setzt sich immer mehr ein Naturverständnis durch, welches „Natur“ als ein außerhalb von uns stehendes Objekt konstruiert: Der Wald wird zur Senke, zur Bank und Ware, die quantifiziert, gemanagt, ausgebeutet und gehandelt werden kann. Diese neue Management- und Marketing-Logik, die mit REDD+ in indigene Gemeinden kommt, führt nicht unbedingt zu einem achtsameren Umgang mit der natürlichen Umgebung und kann sogar das Gegenteil bewirken.

Und wie soll der Wert bemessen werden? Die zeitlich verschobene Speicherkapazität und CO₂-Freisetzung bei Wäldern ist kaum messbar. Je mehr Waldzerstörung erwartet wird, desto mehr Geld kann theoretisch über REDD+ verdient werden. Vieles lässt sich kaum beweisen: Ist der Waldschutz durch REDD+ zusätzlich oder wäre der Wald ohnehin nicht abgeholzt worden („Additionality“)? Wird statt des einen Waldes dann ein anderer Wald abgeholzt, führt REDD+ also nur zur räumlichen Verschiebung („Leakage“)? Kann überhaupt garantiert werden, dass der REDD+ Wald, der schon CO₂-Verschmutzungsrechte verkauft, die Emissionsreduktionen überhaupt tätigt? Denn vielleicht gibt es in 15 Jahren schon lukrativere Pläne für das Gebiet oder der Wald brennt nach fünf Jahren ab („Permanence“)?

// Magdalena Heuwieser

.....

„NAHRUNGSMITTEL ANBAUEN, UM FRIEDEN ZU ERNTEN“

WIDERSTÄNDIGE KLEINBÄUER*INNEN IN MONTES DE MARÍA ORGANISIEREN SICH GEGEN DIE AUSWEITUNG VON PALMÖLPLANTAGEN



Fotos: Hanna Thiesing

▲ Kein alternatives Entwicklungsmodell Ölpalmplantagen für die Energiegewinnung

Kleinbäuer*innen der Karibikregion Montes de María im Norden Kolumbiens organisieren sich für die offizielle Anerkennung eines alternativen Entwicklungs- und Agrarmodells, der kleinbäuerlichen Wirtschaft (*economía campesina*). 63 Prozent des Landes verloren sie während des Höhepunkts des bewaffneten Konflikts. Heute sehen sie sich von der Agroindustrie bedroht, insbesondere durch die Ausweitung von Palmölplantagen.

Von Cartagena aus gelangt der Bus in nur zwei Stunden nach María la Baja, einem Bezirk von Montes de María in der Karibikregion Kolumbiens. Aus dem Zentrum Cartagenas geht es vorbei an Hochhäusern, bröckelnden halbverputzten Gebäuden und Industriehallen, immer weiter hinein in die ländlichen Gebiete. Die Landschaft

verändert sich schnell. Es wechseln sich Wiesen, Sumpfbereiche und Seen ab, bis sich plötzlich gar nichts mehr verändert: Die letzte Dreiviertelstunde der Fahrt gibt es nur noch Palmölplantagen. Ölpflanzen so weit das Auge reicht.

Die industrielle Landwirtschaft im Bezirk Montes María boomt. Über 70.000 Hektar werden bereits für den Anbau von Ölpalmen und Teakholz genutzt. Die Viehwirtschaft beansprucht auf über 400.000 Hektar sogar 62 Prozent der gesamten Nutzflächen der Region und macht diese durch die starke Beanspruchung der Böden für den Ackerbau unbrauchbar. Auch der Bergbausektor sowie Gas- und Ölförderungen sollen in den kommenden Jahren stark ausgeweitet werden.

Im starken Kontrast zum Ausbau von Monokulturpflanzungen, Viehwirtschaft und Bergbau durch Großunternehmen steht die Landknappheit der

Kleinbäuer*innen in der Region. Die Mehrheit der in Montes de María lebenden rund 450.000 Personen lebt nämlich nicht von der industriellen Landwirtschaft oder dem Bergbau. Die meisten sind Kleinbäuer*innen (schließt im Folgenden Landarbeiter*innen, sowie afrokolumbianische und indigene Gruppen ein), die Subsistenzwirtschaft betreiben. Durch die Ausbreitung der Ölplantagen sehen sie ihre Ernährungssicherheit gefährdet, da 70 Prozent der Bewohner*innen selbst kein Land mehr besitzen. Viele müssen das Land, das sie bewirtschaften, pachten. Diejenigen, die noch Land haben, verfügen durchschnittlich lediglich über 5 Hektar, obwohl pro Familie eine Fläche von mindestens 40 Hektar benötigt wird. Der Ausbau der agrarindustriellen Großprojekte bedeutet für die Bewohner*innen, weitere Landflächen zu verlieren. „Genau die Landflächen, auf denen sich die Monokulturplantagen befinden, sind die Territorien, von denen die meisten Menschen vertrieben wurden“, erklärt Gabriel Urbano Canal von der Organisation Korporation solidarischer Entwicklung (CDS).

.....

DIE ÖLPALME

Aus der Frucht der Ölpalme können zwei unterschiedliche Öle gewonnen werden: aus dem Fruchtfleisch das Palmöl und aus den Kernen der Früchte das Palmkernöl. Diese Öle sind vielseitig einsetzbar, deshalb zählt die Ölpalme zu den sogenannten *Flex Crops*. Die Öle finden sich in verschiedensten Nahrungsmitteln wieder (z.B. Margarine, Schokolade, Salz- und Kochöl), sind Bestandteil von Seifen, kosmetischen Produkten und Kerzen und werden zur Energieproduktion genutzt (Strom, Wärme, Kraftstoff). Die Ölpalme charakterisiert sich durch ihre hohe Produktivität, benötigt verhältnismäßig wenig Fläche und hat unter den Ölpflanzen den mit Abstand höchsten Ertrag: sie produziert 15 Mal pro Jahr Fruchtbüschel von ca. 20kg. Der monokulturelle Anbau geht mit Entwaldung einher und kennzeichnet sich durch einen hohen Wasserverbrauch sowie den Einsatz von schädlichen Pestiziden. Dadurch werden die Landrechte von Kleinbäuer*innen missachtet und die Biodiversität gefährdet. In den letzten Jahren wurde der Anbau der Ölpalme weltweit massiv ausgeweitet. Heute ist sie zur erfolgreichsten aller Ölpflanzen geworden.

.....

Die CDS ist eine Nichtregierungsorganisation, die sich für die Interessen der Kleinbäuer*innen in der Region einsetzt. Seit 22 Jahren begleitet die CDS in der Region lokale Prozesse demokratischer Basisorganisation. Dies tut sie unter anderem, indem sie Räume für Austausch, Dialog und Vernetzung schafft, die Finanzierung von Projekten unterstützt und Kontakte zu anderen Akteur*innen herstellt.

Zu diesem Zweck betreibt die CDS unter anderem das Zentrum bäuerlicher Entwicklung (CEDECAMPO). Wie um die Probleme der Kleinbäuer*innen anschaulich zu machen, liegt es direkt zwischen zwei Palmölplantagen. Das CEDECAMPO ist

.....

Über 70.000 Hektar werden bereits für den Anbau von Ölpalmen und Teakholz genutzt.

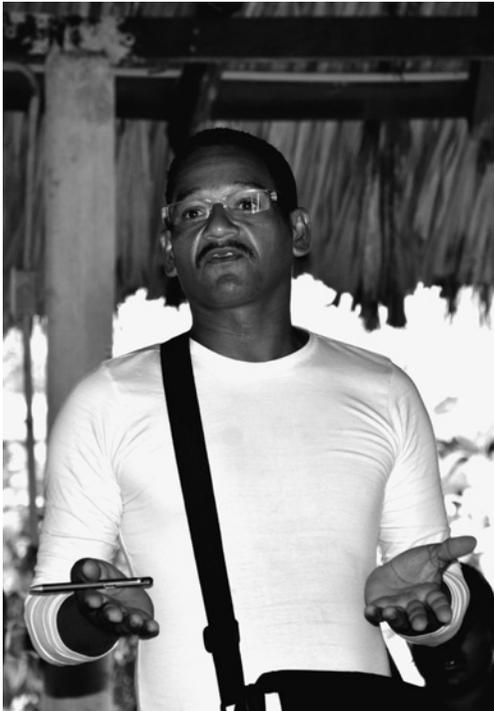
.....

ein wichtiger Ort des Zusammentreffens für Kleinbäuer*innen, afrokolumbianische und indigene Gruppen, die Widerstand gegen aktuelle Landtransformationsprozesse in Montes de María leisten. Hier, im Schatten des großen kreisrunden Pavillons, versammelt sich auch der sogenannte Runde Tisch des Dialogs und der Übereinkunft (MIC). Viele verschiedene soziale Organisationen in Montes de María gründeten 2011 den MIC, um sich zu vernetzen und aktiv an der Konstruktion und Umsetzung von Programmen für die Entwicklung der Region mitzuwirken. Mehr als 150 Organisationen diverser Akteur*innen beteiligen sich am MIC, darunter Jugendliche, Frauenorganisationen, Bäuer*innen, Kommunalräte, afrokolumbianische Organisationen, indigene Gemeinderäte, sowie Organisationen, die die Interessen der Opfer des bewaffneten Konfliktes vertreten. Der MIC dient diesen Basisorganisationen dazu, gemeinsame Strategien zu entwickeln, um im Dialog mit anderen Akteur*innen eine starke Stimme zu haben. Denn die Bestimmung darüber, was mit den Territorien passiert, hat weitreichende Folgen für das Zusammenleben, den Frieden und die Entwicklung Kolumbiens. Ein Großteil der Vertreter*innen hat eine mehrstündige und beschwerliche Anreise, doch sie kommen zahlreich, denn nur gemeinsam können sie das wenige Land, das ihnen bleibt, verteidigen. Der MIC zielt darauf ab mit der Regierung und mit Unterneh-

men in direkte Verhandlungen zu treten. Durch Kommunikation und Abstimmung wollen sie die Rechte der Gemeinden schützen.

Ein Beispiel für aktuelle Prozesse der Landtransformation und für Veränderung von Konflikt dynamiken ist die massive Ausweitung der Palmölplantagen mit Hilfe sogenannter produktiver Allianzen im Bezirk María la Baja. Der ehemalige Agrarminister und Unternehmer Carlos Murgas Guerrero hat das Programm entwickelt. Im Rahmen der produktiven Allianzen sollen unter Berücksichtigung sozialer Verantwortung und des nachhaltigen Umweltschutzes Anreize geschaffen werden, um Kleinbäuer*innen für den Anbau von Palmölpflanzen zu gewinnen. Tatsächlich führen die Produktionsallianzen zur Degradation der Böden. Auch mit der angestrebten sozialen Nachhaltigkeit ist es nicht weit bestellt. Die Unternehmen setzen den Abnahmepreis für die Ölpalmenfrüchte fest, wodurch dieser oftmals unter den Produktionskosten liegt. Zusätzlich müssen die Kleinbäuer*innen teure Samen und Agrochemikalien kaufen. Die Arbeitsrechte der Kleinbäuer*innen

▼ „Der Konflikt hat sich verändert, ist aber weiterhin aktuell“ Wilmer Vanegas kritisiert das neue Entwicklungsmodell



werden so ausgehöhlt, viele verschulden sich und müssen zuletzt sogar ihr Land verkaufen.

Weitere alltägliche Probleme stellen die Privatisierung der Wasserversorgung, die Verunreinigung des knappen Wassers durch Agrochemikalien und die Versperrung von zuvor gemeinschaftlich genutzten Wegen dar. Auch liegen viele der neu gepachteten Felder weit entfernt vom Wohnort der Kleinbäuer*innen. Die Feldbestellung wird dadurch nicht nur sehr aufwendig, sondern wegen der langen Wege teuer und sogar gefährlich, denn in der Region sind weiterhin Konfliktakteure präsent.

Die Ausweitung der Palmölplantagen ist die Folge des neoliberalen Entwicklungsmodells, das von langer Hand politisch vorangetrieben wurde. Montes de María ist nicht nur aufgrund der fruchtbaren Landflächen und des Ressourcenreichtums, sondern auch aufgrund der geostrategisch günstigen Position zwischen Drogenanbaugebieten und der Küste stark vom bewaffneten Konflikt Kolumbiens geprägt.

Während das Gebiet seit den 1980ern von der Präsenz verschiedener Guerrillagruppen und Drogenhändler*innen dominiert war, baten Mitte der 1990er einflussreiche Familien paramilitärische Gruppen der Autodefensas Unidas de Colombia (AUC) um Unterstützung gegen die Guerillagruppen in der Region. Mit dem Erstarken der Paramilitärs intensivierten sich die Kämpfe zwischen ihnen und den Guerillaorganisationen FARC und ELN.

Dieser Konflikt wurde auf dem Rücken der Zivilbevölkerung ausgetragen und führte allein im Zeitraum von 1996 bis 2005 zu 49 Massakern mit insgesamt 332 Toten. Darüber hinaus wurden 143.250 Menschen vertrieben – was mehr als einem Viertel der Gesamtbevölkerung der Region entspricht. Auf dem Höhepunkt des bewaffneten Konfliktes (1997-2004) verloren die Kleinbäuer*innen der Region 63 Prozent des Landes, das ihnen mit der Agrarreform von 1961 zugeteilt worden war. Der bewaffnete Konflikt hat die Bevölkerung in der Region gespalten: Viele verloren das Vertrauen in ihre Gemeinden, das Kollektiv zerbrach und auch die familiären Strukturen konnten oftmals nicht aufrechterhalten werden. Niemand wusste mehr, wem zu trauen war. Eine wichtige Aufgabe des MIC ist es deswegen, das Vertrauen untereinander wieder aufzubauen und die Gemeinschaft zu stärken: „Frieden wird nicht

in Havanna geschaffen, sondern hier, in unseren Herzen, in dem Aufbau der Gemeinschaft von uns allen“, sagt ein weiterer Vertreter des MIC.

Eine Forderung des MIC ist es, Montes de María zu einer sogenannten Interkulturellen Zone des territorialen Schutzes zu erklären. Das soll verhindern, dass weitere Landflächen zugunsten von Agrarindustrie oder Bergbau genutzt werden können. Mit der Umsetzung erhofft sich der MIC, Bedingungen zu schaffen, die den Frieden in der Region wieder herzustellen vermögen und für eine gerechte Landverteilung sorgen.

Dem Regierungsdiskurs nach, ist Montes de María bereits seit Jahren keine Konfliktregion mehr. Das sehen die Vertreter*innen des MIC anders: „Montes de María wird heute als Post-Konflikt-Region betitelt. Aber wir sagen, der Konflikt hat sich zwar verändert, aber er ist weiterhin aktuell. Das Land wurde uns erst mit Waffen genommen. Heute kommen andere Akteure, die ein Entwicklungsmodell herbringen, das den Gemeinden schadet“, erläutert Wilmer Vanegas, ein Sprecher des MIC.

Nach der (zumindest offiziellen) Demobilisierung der paramilitärischen Gruppen durch das 2005 verabschiedete nationale Gesetz der Gerechtigkeit und des Friedens erklärte der damalige Präsident Álvaro Uribe Vélez Montes de María für befriedet. Dieser Diskurs ermöglichte es, die Region für Investor*innen der Agrarindustrie zu öffnen. Der aktuell amtierende Präsident Juan Manuel Santos treibt dieses neoliberale Entwicklungsmodell weiter voran. Der nationale Entwicklungsplan für 2015-18 verfolgt ein auf Ausbeutung natürlicher Ressourcen basierendes Konzept und verspricht kaum Veränderungen der sozio-ökonomischen Machtstrukturen des Landes.

Im Rahmen des MICs organisiert, entwarfen die Bewohner*innen daher eigene Ideen wie die Entwicklung der Region aussehen soll. Ein zentrales Element der Arbeit des MIC ist es, die traditionelle familiäre Agrarwirtschaft, die kleinbäuerliche Wirtschaft (*economía campesina*) zu stärken. Mit der kleinbäuerlichen Wirtschaft soll nicht nur die Ernährung und das Einkommen der Bevölkerung gesichert, sondern auch ein friedvolles Miteinander der Bewohner*innen untereinander und mit der Natur gefördert werden. Diese Form der nachhaltigen Agrarwirtschaft kennzeichnet sich durch den Anbau einer Vielfalt von Nutzpflanzen, schont die Böden und garantiert eine abwechslungsreiche und reichhaltige Ernährung.

Die kleinbäuerliche Wirtschaft basiert sowohl auf familiärer als auch gemeinschaftlicher Ökonomie. Durch die gegenseitige Hilfe und Unterstützung, so berichten die Mitglieder des MIC, können Produktionskosten gespart und die Effizienz maximiert werden. In kollektiven Initiativen werden gemeinsam Straßen repariert, Schulen gebaut oder kulturelle Veranstaltungen organisiert. Somit fördert die kleinbäuerliche Wirtschaft neben der

.....
Montes de María wurde 2005 für befriedet erklärt. Doch in Wahrheit hat sich der Konflikt nur verändert.

.....
ökonomischen Produktivität auch das Sozialleben der Gemeinden. Die Kleinbäuer*innen setzen sich für die offizielle Anerkennung der kleinbäuerlichen Wirtschaft als alternatives Entwicklungs- und Agrarmodell ein. Statt die Ausweitung von Monokulturen voranzutreiben, sollte der Staat die Kleinbäuer*innen als Lebensmittelproduzent*innen stärken, fordern sie.

Der Organisationsgrad der sozialen Akteur*innen in Montes de María ist nicht zuletzt deshalb beachtlich, da sie bis heute Drohungen, Erpressungen und selektiven Morden insbesondere durch Nachfolgegruppen der AUC ausgesetzt sind. Der mangelnde Landzugang stellt wohl die größte Herausforderung für die Kleinbäuer*innen in der Bestreitung ihres Alltags dar. Trotz dieser schwierigen Herausforderungen wächst der Einfluss des MIC. Dies zeigt, dass auf regionaler Ebene wichtige Prozesse angestoßen werden können, um die Gemeinschaft und den Dialog der verschiedenen sozialen Organisationen und Gemeinden wiederherzustellen.

Das Streben der Kleinbäuer*innen nach einem anderen Entwicklungsmodell im Rahmen des MIC ist ein friedlicher Widerstand gegen das neoliberale Entwicklungsmodell und gegen den bewaffneten Konflikt. Die Kampagne „Nahrungsmittel anbauen, um Frieden zu ernten“ des MIC verdeutlicht die Ablehnung der Gewalt. Mit diesem Slogan stellen die Bewohner*innen von Montes de María eine klare Verbindung zwischen ihrem Alltag in der Lebensmittelproduktion und der Ausarbeitung eines nachhaltigen Friedens in der Region her.

//Janina Rühl, Julia Hartmann und Julia Große

„DAS IST GREENWASHING DER SOZIALEN UND DER UMWELTAGENDA“

INTERVIEW MIT HENK HOBBELINK VON DER NICHTREGIERUNGSORGANISATION GRAIN ÜBER DIE AUSWIRKUNGEN DER BIOÖKONOMIE

Die Bioökonomie boomt. Weltweit wird die Landwirtschaft zunehmend industrialisiert. Unter anderem um Biokraftstoffe herzustellen. Dadurch werden immer weniger Agrarflächen für den Anbau von Nahrungsmitteln genutzt. Und die Konzerne versuchen, die neuen Diskurse als Biomaster unter ihrer Ägide zu halten. Die LN sprachen mit Henk Hobbelink über die Folgen der vermeintlich umweltfreundlichen Bioökonomie und das Konzept der Ernährungssouveränität.

GRAIN hat bereits 2008 mit ihrem Bericht *Seized!* auf Land Grabbing aufmerksam gemacht hat. Was verstehen Sie unter der neuen Bioökonomie oder grünen Ökonomie?

Wir verstehen die grüne Ökonomie als ein Greenwashing der sozialen und der Umweltagenda. Die Industrie und Regierungen drängen auf eine industrialisierte Landwirtschaft, die von Unternehmen geführt wird. Die Klimadebatte ist ein gutes Beispiel: Die Düngemittel-Industrie dominiert die neue Allianz, die unter dem Namen Global Alliance for Climate-Smart Agriculture (GACSA) operiert. In dieser Allianz sind Regierungen, viele große Nichtregierungsorganisationen und die Industrie. Über 60 Prozent dieser Industrie sind Unternehmen aus der Düngemittel-Industrie. Unter *climate-smart agriculture* verstehen sie, effizientere Dünger herzustellen, die sie klimafreundliche Dünger nennen. Die Dünger sind aber immer noch chemisch. Ihr Diskurs ist: „Wir müssen die Welt ernähren. Wir müssen mehr produzieren. Und der einzige Weg, um das zu tun, ist, mehr Dünger zu verwenden und diesen effizienter zu machen.“ Laut ihren Studien sind chemische Dünger gut für das Klima. Unser Bericht zeigt aber klar, dass das Gegenteil der Fall ist. In der Klimadebatte kommt der einzige Vorschlag zu Ernährung und Landwirtschaft von der Allianz GACSA. In einer Reihe großer Länder



HENK HOBBELINK

ist Agrarexperte, Koordinator und Mitbegründer von GRAIN in Barcelona, Spanien. GRAIN ist eine kleine internationale Nichtregierungsorganisation, die Kleinbäuer*innen und soziale Bewegungen in ihren Kämpfen für gemeinschaftskontrollierte und auf Biodiversität basierende Ernährungssysteme unterstützt. Für weitere Infos und Publikationen: www.grain.org

wird die Debatte vollständig von der Düngemittel-Industrie kontrolliert. So zum Beispiel auch in Norwegen, wo die größte Düngemittel-Firma der Welt sitzt, das Unternehmen Yara. Das ist für uns die grüne Ökonomie: Düngemittel-Unternehmen, die argumentieren, dass ihre Produkte in einer grünen Ökonomie notwendig sind. Das gleiche machen die Unternehmen, die wie Monsanto im Bereich gentechnisch veränderter Organismen aktiv sind, sowie die verschiedensten Think Tanks.

Wie hängen Bioökonomie oder grüne Ökonomie mit Land Grabbing zusammen?

Wir sehen immer mehr, dass Unternehmen versuchen, Biomasse für Energie und andere Zwecke zu produzieren und dadurch immer mehr Land in Besitz nehmen. Deshalb besteht eine klare Verbindung zwischen der grünen Ökonomie und Land Grabbing. Mehr und mehr gutes Agrarland wird genutzt, um industrielle Rohstoffe statt Nahrungsmittel zu produzieren. Etwa die Hälfte des Agrarlandes weltweit wird nicht genutzt, um Nahrungsmittel zu produzieren, sondern für irgendetwas anderes. Der weltweite Hunger ist also ein Verteilungsproblem und ein Problem des Zugangs. Wenn man mehr Essen produzieren will, sollte man das Land nutzen, um Nahrungsmittel zu produzieren. Die FAO behauptet, dass das meiste Land in den Händen von Kleinbäuerinnen und -bauern sei. Aber in Wahrheit besitzen sie derzeit nur ein Viertel des Agrarlandes weltweit und diese Zahl nimmt stetig ab. Wenn man also die Frage beantworten will „Wie können wir die Welt ernähren?“, dann lautet die Antwort: „Gebt den Kleinbäuerinnen und -bauern mehr Land!“. Denn Kleinbäuerinnen und -bauern produzieren immer noch am meisten Lebensmittel weltweit.

Wie antworten Sie auf das Argument, dass die Bioökonomie gut sei, weil es besser ist, Biomasse anstatt fossile und mineralische Rohstoffe für die Energieproduktion zu verwenden. Warum ist das keine Lösung?

Aus zwei Gründen. Erstens stimmt es nicht, was die andere Seite argumentiert. Biokraftstoffe zum Beispiel sind mit Blick auf das Klima keine nützliche Alternative, um Energie zu produzieren. Ölpalmen zum Beispiel produzieren mehr Treibhausgase als sie einsparen. Diese Lösung ist also gar keine Lösung. Zweitens stellt diese Art von Lösungen nicht das unendliche Wachstum der Rohstoffmärkte infrage und wie diese von den Unternehmen gelenkt werden. Diese Unternehmen brauchen Wachstum, um jedes Jahr Profite zu machen. Also müssen sie grüne Biomasse in etwas verändern, das sie verkaufen können. Warum gibt es zum Beispiel so eine enorme Ausdehnung von Ölpalmen? Früher hatten wir Ausdehnungen von Ölpalmen in Malaysia und Indonesien und jetzt arbeiten wir mit vielen Organisationen in Afrika, Mittel- und Südamerika, weil Menschen durch die Ausdehnung von Ölpalmen von ihrem Land vertrieben werden. Warum expandieren Ölpalmen? Weil die Industrie zunehmend Palmöl in all ihren Produkten verwendet.

Was diese Unternehmen also gemacht haben, ist, die Nachfrage nach Palmöl zu generieren, was vor allem durch Handelsabkommen geschieht. Es geht also nicht darum, eine Lösung für Hunger oder das Klimaproblem zu finden.

Können Sie das Netz von Akteuren in der neuen Bioökonomie beschreiben und welche neuen Akteure es gibt?

Es passieren zwei Dinge. Das eine ist, dass die Akteure in der Bioökonomie zunehmend miteinander verbunden sind. Die großen Rohstoffproduzenten und -händler wie Cargill sind mit den Technologieunternehmen, wie Monsanto und Syngenta, und mit weiteren Pestizid- und Saatgutunternehmen verbunden, in die die anderen investieren. Die Unternehmen stehen viel stärker als früher in einer Wechselbeziehung zueinander und sind eng miteinander verflochten. Es ist außerdem relativ neu, dass die Finanzindustrie dabei ist. Wir sprechen auch von der „Finanzialisierung des Ernährungsektors“. Cargill zum Beispiel hat eine neue Abteilung, die wir Spekulationsabteilung nennen. Es ist die Abteilung, die Saatgut, Ölpalmen, Getreide und so weiter bewegt. Die Unternehmen zeigen, dass sie wissen, was der Preis für einen bestimmten Rohstoff sein wird – in fünf Tagen, nächsten Monat oder nächstes Jahr. Die Abteilung fungiert als Investor. Die Unternehmen planen, wie sie Geld aus den Preisen machen können, die sie selbst festlegen. Wenn man verfolgt, wohin das Kapital und die Investoren gehen, erhält man ein gutes Bild der neuen Player. In Lateinamerika zum Beispiel folgen alle ihrer Route – Brasilien mit Zuckerrohr und Argentinien mit Soja. Es sind extraktivistische Ökonomien. Die Bioökonomie ist in gewisser Weise eine extraktivistische Ökonomie, wenn man industrialisierte Landwirtschaft als eine Form von Extraktivismus bezeichnet.

In Lateinamerika wird zwischen klassischem Extraktivismus wie in Kolumbien und dem Neo-Extraktivismus wie zum Beispiel in Brasilien unterschieden, bei dem die Regierungen Teile ihrer Einnahmen aus den Rohstoffexporten in Sozialprogramme investieren. Was ist davon zu halten?

In gewisser Weise gibt es das gleiche Argument auch in Deutschland. Die Bildung und alles basiert auf der Wirtschaft, die Gewinne macht, indem sie Rohstoffe in anderen Teilen der Welt ausbeutet.

In Brasilien ist es das Gleiche. Sie haben viele Expansionsprojekte in Mosambik, wie zum Beispiel das Pro-Savanna Projekt (siehe LN 466, Anm. d.Red.). Darin kommen Brasilien, Mosambik und Japan zusammen, um den Norden von Mosambik zu entwickeln. Brasilien stellt die Technologie, denn sie haben das gleiche schon in Brasilien in der Savannenlandschaft des Cerrado gemacht, wo sie nun Soja, Mais, Zuckerrohr und Eukalyptus anbauen. Die brasilianische Wirtschaft ist gewachsen und nun exportieren sie diese nach Mosambik und vertreiben tausende Menschen von ihrem Land. Auf diese Weise exportiert auch Brasilien die grüne Ökonomie und exportiert die Probleme in andere Regionen, in diesem Fall nach Afrika.

Was tun soziale Bewegungen in Lateinamerika gegen den Angriff auf ihr Land und ihre Existenzgrundlagen?

Wir arbeiten viel mit Via Campesina und CLOC zusammen, dem regionalen Netzwerk von Via Campesina in Lateinamerika. Der Kampf ums Land ist immer *der* Kampf in Lateinamerika gewesen mit dem klassischen Kampf zwischen Latifundium und Kleinbäuerinnen und -bauern. Aber die sozialen Bewegungen nehmen zunehmend die neue Bedrohung von Land Grabbing und das Verständnis, woher dieser Druck kommt, in ihre Analyse und ihren Kampf mit auf. Ich finde das sehr ermutigend. Außerdem gibt es mehr und mehr Verbindungen der einzelnen Kämpfe. Die Bewegung für Ernährungssouveränität, die vor allem von Via Campesina entwickelt wurde, ist besonders stark und nützlich in diesem Kampf. Ernährungssouveränität ist ein Konzept, das vieles verbindet und die typische Trennung zwischen Norden und Süden aufbricht. Es zeigt, dass die Landwirtschaft in Deutschland an sich genau die gleiche ist wie in Äthiopien. Es verbindet die Frage, wer Land kontrolliert, mit der Technologie und der Art der Landwirtschaft, das heißt, ob sie ökologisch ist oder nicht und ob man zum Beispiel Chemikalien einsetzen sollte oder nicht. Das Schöne an dem Konzept ist, dass es all diese verschiedenen Aspekte zusammenbringt. In Lateinamerika ist das Konzept – und wie Menschen es verteidigen – sehr weit fortgeschritten.

Was sollten Menschen und soziale Bewegungen im Globalen Norden tun, um diese Kämpfe zu unterstützen und Land Grabbing in der grünen Ökonomie zu verhindern?

Sie sollten hier dagegen kämpfen. Und das ist, was wir zusammen mit Via Campesina machen. Der Kampf um Ernährungssouveränität in Europa ist sehr wichtig. Ich glaube, dass es unmöglich ist, effektiv gegen Land Grabbing oder das Agrobusiness im Süden zu arbeiten, wenn wir nicht auch im Norden effektiv dagegen arbeiten. Es hat auch immer mit der Produktions- und Konsumweise in Europa zu tun. Ich denke, es geht darum, diese Verbindungen herzustellen. Für mich ist die Schlussfolgerung dann, mit all den Unterschieden, die es gibt, dass es sich um das gleiche Ernährungssystem handelt, das überall auf der Welt durchgesetzt werden soll. Natürlich sind die Auswirkungen in Deutschland andere als in Togo, aber es ist immer noch der gleiche Druck von den gleichen Unternehmen.

// Interview: Wiebke Thomas

▼ Kein Wald! Eukalyptusplantagen sind ein Geschäft



A high-contrast black and white photograph of a landscape. The sky is filled with dramatic, dark clouds, with a bright light source breaking through in the center. In the foreground, there are dark, silhouetted shapes, possibly rocks or hills. On the right side, a person is standing in silhouette, looking towards the left. The overall mood is somber and atmospheric.

„EINE GROSSE GRÜNE WÜSTE“

EUKALYPTUSPLANTAGEN IN BRASILIEN SIND DIE KOMMERZIELLEN WÄLDER DER BIOÖKONOMIE



Foto: Otávio Nogueira (CC BY 2.0)

Das Saudi Arabien der Erneuerbaren, das Land der neuen Bioökonomie ist Brasilien. Neben immensen Investitionen in den Ausbau von Zuckerrohr- und Sojamonokulturen für die Produktion von Agrarkraftstoffen wird massiv in den Ausbau industrieller Baumplantagen investiert – mit einer Verschärfung der Konflikte um Land und Wasser.

„Wenn man über den Norden von Minas fliegt, sieht man eine große grüne Wüste. Alles ist grün, aber es sind Eukalyptusmonokulturen an Orten, die früher Cerrado waren.“ Und nun kämpfen die Menschen mit der Wasserknappheit. „Die Wasserknappheit im Norden von Minas wurde größtenteils durch den Eintritt von Eukalyptusmonokulturen und des Agrobusinesses produziert“, erläutert Marcelo**. Er ist von der katholischen Landpastorale CPT, welche die kleinen Gemeinden berät. Diese kämpfen auch mit Verschmutzung des Wassers und mit der Auslagung der Böden durch den exzessiven Einsatz von chemischen Pestiziden und Düngern, ohne die die Monokulturen nicht auskommen. Da diese per Flugzeug über den Plantagen versprüht werden, wird auch die Gemeinde getroffen. Die Menschen klagen über Vergiftung und Kontaminierung der Nahrungsmittel und Tiere. Ihre Landnutzung beschränkt sich heute auf kleine Gärten neben ihren Häusern, die nicht ausreichen, um zu überleben. „Ehrlich gesagt ist das Einkommen der Gemeinde heute die Bolsa Família (ein Sozialhilfeprogramm, Anm. d. A.). Es gibt keine Arbeit. Im Allgemeinen leben nur ältere Menschen in der Gemeinde. Die Jungen bleiben bis sie die Schule beendet haben und gehen dann zum Arbeiten in die Stadt“, so Laura**, eine Bewohnerin der kleinen Gemeinde von Canabrava im kargen Norden von Minas Gerais.

Es waren Unternehmen, die sich das Land angeeignet haben. Zunächst rodeten sie die flachen Hochebenen des Cerrado, um dort Eukalyptus anzupflanzen. Die Landnutzung und das Leben der Gemeinde veränderten sich dadurch radikal. „Vorher konnten wir Feuerholz sammeln und ein paar Tiere züchten. Nichts war eingezäunt und alles war gut“, berichtet Paulo**, ein Mann mittleren Alters. „Sie haben all das beendet. Das Unternehmen hat

◀ Schwaden für den „grünen“ Stahl

Holzkohle aus Eukalyptus wird in Brasilien vor allem für die Stahlerzeugung hergestellt.

alles für seine Plantagen gerodet. Sie haben unsere Freiheit beendet.“ Die Rodung des Cerrados zusammen mit der Eukalyptusmonokultur führten zu Wasserknappheit in der Gemeinde und einem Desertifizierungsprozess in der gesamten Region. Eukalyptus wächst schnell und produziert in kurzer Zeit viel Holz, das industriell genutzt werden kann. Rund um die schnell wachsenden Bäume hat sich landesweit ein Industrieverbund zusammengeschlossen, der sich Brasilianische Baumindustrie nennt – Indústria Brasileira de Árvores (ibá). Deren Jahresbericht verkündet stolz, dass es in Brasilien im letzten Jahr bereits 5,56 Millionen Hektar Eukalyptusplantagen gab und deren Meldungen klingen nach einer „grünen“ Erfolgsstory von Brasiliens neuen kommerziellen Wäldern. Aber wie sieht es in diesen „Wäldern“ aus und kann man bei Eukalyptusmonokulturen überhaupt von „Wäldern“ sprechen? 1,4 Millionen Hektar dieser industriellen Baumplantagen befanden sich 2014 allein im Bundesstaat Minas Gerais, wo Eukalyptus für die Holzkohleproduktion für die eigene Roheisen- und Stahlindustrie angebaut wird. In anderen Bundesstaaten, allen voran São Paulo, Mato Grosso do Sul und Bahia wird Eukalyptus für die Zellstoff- und Papierindustrie angepflanzt, die nach Europa, China und in die USA exportiert. Neue Expansionsgebiete befinden sich in den Bundesstaaten Rio Grande do Sul, Mato Grosso do Sul und Maranhão. Dort gibt es nun auch das erste Projekt in ganz Lateinamerika, bei dem Eukalyptusplantagen speziell für die Produktion von Biomasse gefördert werden. Denn aus Eukalyptus können Holz-Pellets oder

.....
 Holz-Pellets aus brasilianischem Eukalyptus landen in nicht wenigen Kohlekraftwerken Europas.

Holzhackschnitzel für Biomasse-Brenner, Biokohle als Bodenzusatz oder in Zukunft auch Zellulose als Kraftstoff gewonnen werden. Der „grünen“ Begründung für deren Nutzung mangelt es nicht an wohlfeilen Werbesprüchen. Eukalyptusplantagen dienen aber nicht nur der Rohstoffgewinnung für die Industrie, sondern werden gleichzeitig auch als „gepflanzte Wälder“ in Wert gesetzt. So können Eukalyptusplantagen zunehmend auch für Klimaschutzprojekte registriert werden wie dem Mechanismus für nachhal-

tige Entwicklung (CDM) oder dem Vorhaben zur Vermeidung von Emissionen aus Entwaldung und Walddegradierung (REDD) (siehe LN 438). Eukalyptusplantagen werden zunehmend auch durch die Zertifizierung des Forest Stewardship Council (FSC) als nachhaltig ausgewiesen. Alles schön grün?

Eukalyptus verbraucht aufgrund seines schnellen Wachstums so viel Wasser und Nährstoffe, dass seine Monokulturen zu einem dramatischen Wasserverlust führen und den Boden stark auslaugen. Die Nachfrage nach immer mehr Eukalyptusplantagen durch die verschiedenen Industrien und die Unterstützung des brasilianischen Staates führen immer wieder zu Expansionswellen und Landnahmen mit dramatischen sozialen und ökologischen Folgen.

Eukalyptusplantagen wurden in Brasilien das erste Mal massiv während der „konservativen Modernisierung“ unter der Militärdiktatur gefördert und ausgeweitet. Der Norden des Bundesstaates Minas Gerais lag dabei im Fokus. Dort wurden in den 1970er und 1980er Jahren Schätzungen zufolge zwischen 200.000 und einer Million Hektar staatlichen Landes über Konzessionsverträge an Eukalyptusunternehmen gegeben. So auch an das deutsche Stahlunternehmen Mannesmannröhrenwerke AG, welches Eukalyptus anbaute, um Holzkohle für die eigene Roheisen- und Stahlindustrie zu produzieren. Nach einer Fusion mit der französischen Vallourec Gruppe hieß der Eukalyptus anbauende Zweig des Unternehmens zunächst V&M Florestal und seit 2013 nur noch Vallourec Florestal. Vallourec Florestal besitzt derzeit 233.000 Hektar Land, obwohl transnationale Unternehmen laut der Verfassung von 1988 nur 6.600 Hektar Land besitzen dürfen.

Ein Teil dieses Landes befindet sich in der Gemeinde Canabrava in der Gegend von Bocaiúva, rund 350 Kilometer nördlich der Landeshauptstadt Belo Horizonte. Hier bekam Mannesmann im Jahr 1977 einen über 30 Jahre laufenden Pachtvertrag, der kürzlich entgegen der Verfassung verlängert wurde. Andere Landflächen eignete sich das Unternehmen per Kauf an. Dabei lief damals der Landkauf auf eine recht besondere Art und Weise ab. So erinnern sich die älteren Bewohner*innen von Canabrava, wie Mitelismänner ihnen drohten und sie zwangen, ihre Landparzellen an Mannesmann zu verkaufen. „Eine Frau wurde angegriffen, weil sie nicht ver-

kaufen wollte. Sie wurde gefesselt und geknebelt mit einer Pistole am Kopf“, erzählt Thiago**.

Die, die bleiben, leben unter dem Druck des Unternehmens. Seit 2004 heuerte V&M Florestal bewaffnete Wachmänner an, die auf den Plantagen patrouillieren und die Gemeindeglieder einschüchtern. „Es gibt keinen anderen Weg für uns die Gemeinde zu verlassen, als das Gelände des Unternehmens zu durchqueren. Wir müssen hindurch gehen, weil der Eukalyptus überall um uns herum ist“, sagt Laura. „Und auf dem Gelände fragen sie einen: ‘Was tust du hier? Wo gehst du hin? Das ist so peinlich... ich hatte Angst.’ Die Menschen trotzten dennoch den Kontrollen und sammelten herunter gefallene Eukalyptuszweige, die sie zum Bau von Zäunen oder Schuppen verwenden. Fast alle sind deshalb wegen Raub und Diebstahl angeklagt. Antônio Joaquim dos Santos wurde deshalb ermordet.

Im Februar 2007 erschossen zwei Wachmänner den 32-Jährigen vor den Augen seiner Tochter. Der Mord wurde bis heute nicht aufgeklärt und es besteht Gefahr der Straflosigkeit, da der Prozess immer weiter verschleppt wird. Nach Protesten im Laufe des Jahres 2007 wurde der Konflikt 2009 offiziell durch eine freiwillige Vereinbarung zwischen V&M Florestal und der Staatsanwaltschaft gelöst, in der sich das Unternehmen zu ökologischen und sozialen Kompensationsmaßnahmen verpflichtet. Seit 2010 realisiert das Unternehmen deshalb einzelne Projekte für die „lokale Entwicklung“ und setzt als Strategie der Landkontrolle auf Dialog und Verhandlung anstatt auf Repression. Diese Strategie hat schließlich dazu geführt, dass sich viele Mitglieder der Gemeinde mit der Situation abgefunden haben. Guilherme**, Mitarbeiter einer lokalen Nichtregierungsorganisation, die versucht, Canabrava zu unterstützen, erklärt das so: Das Unternehmen habe „die gesamte Gemeinde kooptiert. Sie gaben hier und dort eine Nähmaschine, Bienenkisten und Wasserkanister und haben so die Gemeinde geschwächt. Die Gemeinde hat nicht reagiert und ist heute extrem abhängig“. In Canabrava hat die Einführung von Eukalyptus zur langsamen Zerstörung der Gemeinde geführt.

Im Bundesstaat Maranhão im Nordosten Brasiliens wird Eukalyptus nicht anders angebaut, nur anders genutzt. Dort dienen Eukalyptusplantagen der Zellstoff- und Biomasseproduktion. Seit den 2000er Jahren wird die Expansion von Eukalyptusplantagen erneut staatlich gefördert und die

brasilianische Entwicklungsbank BNDES investiert umgerechnete Millionen von US-Dollar in Zellstofffabriken und die Ausdehnung industrieller Baumplantagen. Laut einem Bericht von 2012 der Forschungsgruppe ejolt zu Umweltgerechtigkeit und Handel, investierte BNDES im Jahr 2010 etwa 1,38 Milliarden US-Dollar in eine neue Zellstofffabrik für das Unternehmen Suzano Papel e Celulose in Maranhão. Suzano ist das zweitgrößte Zellstoff- und Papierunternehmen Brasiliens und besitzt laut Angaben der Nichtregierungsorganisation World Rainforest Movement (WRM) 900.000 Hektar Land, auf dem zu mehr als einem Drittel Eukalyptus angepflanzt wird.

Suzano produzierte seit den 1980er Jahren vor allem Papier. Während der Finanzkrise 2008/2009 sank die globale Nachfrage nach Papier. Dafür entstand im Zuge der „grünen“ Welle für „nachhaltiges“ Einheizen aber ein europäischer Markt für holzige Biomasse. Das Unternehmen stellte kurzerhand auf die Produktion von Holz-Pellets um. Suzanos Holz-Pellets werden vor allem in die EU exportiert, wo sie in Kohlekraftwerken verfeuert werden. Als „nachhaltige“ Energie wird die Nutzung von Holz-Pellets in mehreren europäischen Staaten stark subventioniert, was die Nachfrage anheizt und der Förderung von „Energiewäldern“ in Brasilien Vorschub leistet.

Seit 2008 weitet Suzano seine Eukalyptusplantagen in Maranhão vor allem in die Region Baixo Parnaíba

▼ Zugang zu Canabrava Nur durch die Monokultur



aus, berichteten bereits 2013 Ivonete Gonçalves de Souza und Winnie Overbeek vom WRM über Suzanos Energiewälder. Dabei ähneln die Landnahmen denen der 1970er und 1980er Jahre stark. Laut der Recherchen des WRM waren Suzanos Landkäufe illegal. So wurden Landflächen bei der Registrierung des Landkaufs auf dem Dokument verdoppelt oder Namen von Landbesitzer*innen erfunden, die so das Land an das Unternehmen verkaufen konnten. Wieder wird Cerrado gerodet, um Eukalyptus anzubauen. Wieder führen die Rodung und die Monokultur aus schnell wachsendem Eukalyptus zu Wasserknappheit. Wieder werden Gemeinden, die auf dem Land leben, entweder direkt gewaltsam vertrieben oder mit der Zeit verdrängt.

Aber anders als in der Gemeinde Canabrava in Minas Gerais wehren sich die Gemeinden gegen die Eukalyptusplantagen von Suzano. Gleiches geschah auch zuvor schon in anderen Gemeinden

.....
Brasilien hat als erstes Land die kommerzielle Nutzung von gentechnisch verändertem Eukalyptus genehmigt.
.....

in Minas Gerais, wo die erfolgreiche Taktik des sogenannten *empate* angewandt wurde, um die Bulldozer aufzuhalten (siehe LN 425). In der Gegend von Santa Quitéria schlossen sich hunderte Familien aus verschiedenen Gemeinden zusammen, um Widerstand zu leisten. Die betroffenen Familien stellen sich Suzanos Abholzungsplänen wortwörtlich in die Quere. Gleich drei Mal stellten sich die Bewohner*innen der Gemeinden Coceira und Baixão da Coceira im Jahr 2009 vor die Traktoren des Unternehmens, um die Abholung des Cerrados zu verhindern. Beim ersten Mal versuchte Suzano die Menschen zu beschwichtigen und versprach ihnen kleine Flächen Land. Aber die Gemeinden weigerten sich, das Angebot anzunehmen und die Ausweitung der Plantagen hinzunehmen. Sie stellten sich ein zweites Mal einen gesamten Tag lang in sengender Hitze vor die Traktoren. Dieses Mal ging Suzano vor Gericht. Dem Unternehmen wurde zugesprochen, dass es rechtmäßiger Eigentümer des Landes sei und der Zwangsenteignung der auf dem Land lebenden Familien stattgegeben. Die beiden Gemeinden ließen sich aber auch davon nicht einschüchtern und mobilisierten ein drittes Mal. „Sie werden uns

überfahren müssen, um dieses Land abzuholzen“, berichtete den WRM-Forscher*innen ein Mann mittleren Alters, als sich rund 300 Menschen den Traktoren in den Weg stellten.

Suzano hat zunächst nicht weiter versucht, das Land der beiden Gemeinden zu roden. Diese haben aber begonnen, um die Anerkennung ihres Landes zu kämpfen und die Schaffung geschützter Reservate durch das Landinstitut von Maranhão beantragt. Manche Gemeinden in Brasilien haben damit eine Chance. Aber noch immer gilt: Während Gemeinden oft jahrzehntelang um ihr Land kämpfen müssen, erhalten Unternehmen in kürzester Zeit Lizenzen und Genehmigungen, um operieren zu dürfen, wie es ihnen passt.

Seit April 2015 darf Suzano gentechnisch veränderte (GV) Eukalyptusbäume anpflanzen. Trotz massiver landesweiter Proteste hat die Nationale Technische Behörde für Biosicherheit (CTNBio) die kommerzielle Nutzung gentechnisch veränderter Sorten von Eukalyptus in Brasilien als erstem Land weltweit genehmigt. Die Industrie argumentiert, dass durch die höhere Produktivität von GV-Eukalyptus weniger Land genutzt werden müsse, so dass dieses für den Umweltschutz oder die Nahrungsmittelproduktion zur Verfügung stünde. Tatsächlich wird der neue GV-Eukalyptus durch sein noch schnelleres Wachstum noch mehr Wasser verbrauchen und gegebenenfalls weitere schädliche Auswirkungen auf die Umwelt haben, welche noch nicht erforscht sind. Außerdem widersprechen staatliche Förderpolitiken zur Ausdehnung industrieller Baumplantagen dem Versprechen, weniger Land nutzen zu wollen.

Die brasilianische Regierung arbeitet derzeit an einer neuen „nationalen Politik für gepflanzte Wälder“, mithilfe derer sich die Fläche industrieller Baumplantagen in den nächsten zehn Jahren auf 14 Millionen Hektar Land mehr als verdoppeln soll. Diese Politiken sind Antworten auf die steigende Nachfrage der Industrien und der wachsenden Nachfrage nach holziger Biomasse wie Holz-Pellets innerhalb der neuen Bioökonomie. Die neue Bioökonomie heizt Landnahmen, Abholung und die Umwandlung von Primärwald in industrielle Baumplantagen an. Sie wird neue Konflikte um Land und Wasser auslösen, während sie bestehende verschärft und Fragen der Ernährungssozialveränität vertieft.

// Wiebke Thomas

** Name geändert.

// IMPRESSUM

HERAUSGEBER*INNEN:

**FORSCHUNGS- UND DOKUMENTATIONSZENTRUM CHILE-LATEINAMERIKA (FDCL e.V.) und
LATEINAMERIKA NACHRICHTEN e.V.**

Erscheint als Dossier Nr. 13 innerhalb der *LN* 498 (Dezember 2015).

Redaktion: Redaktionskollektiv der *Lateinamerika Nachrichten* und *FDCL e.V.*

V.i.S.d.P. Evelyn Linde, Thomas Fatheuer, Wiebke Thomas, Christian Russau

Redaktionsschluss: 30.10.2015

// KONTAKT

FDCL

Gneisenaustr. 2a, D – 10961 Berlin
Tel: 030 / 693 40 29, Fax: 030 / 692 65 90
www.fdcl.org
info@fdcl.org

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN

Gneisenaustr. 2a, D – 10961 Berlin
Tel. 030 / 694 61 00
www.lateinamerika-nachrichten.de
LN-Redaktion: redaktion@LN-Berlin.de
Bestellungen und Informationen zum LN-Abo: abo@LN-Berlin.de

Mit freundlicher Unterstützung der LEZ Berlin, gefördert von Engagement Global im Auftrag des BMZ und mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union.

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein das FDCL e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben weder den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung noch der Europäischen Union wieder.



Gefördert von Engagement
Global im Auftrag des
BMZ  Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung



2015
Europäisches Jahr
für Entwicklung

LN-Dossiers

Themenbroschüren, herausgegeben von den *Lateinamerika Nachrichten*

Nr. 12 // Kämpferisch, korrupt, kriminalisiert. Gewerkschaften in Lateinamerika // September/Oktober 2015

Nr. 11 // Grenzen bewegen Migration und Grenzräume in Lateinamerika // Juli/August 2014

Nr. 10 // Abseits des Flutlichts Fußballkultur in Lateinamerika rund um die WM // Mai 2014

Nr. 9 // Im Schatten der Spiele Fußball, Vertreibung und Widerstand in Brasilien // September/Oktober 2013

Nr. 8 // Erbe einer Diktatur 40 Jahre nach dem Putsch in Chile // Juli/August 2013

Nr. 7 // Medien und Macht in Lateinamerika Staatsnähe, Medienkonzentration und Gegenöffentlichkeit // März 2013

Nr. 6 // Verbohrte Entwicklung (Neuer) Extraktivismus in Lateinamerika // September/Oktober 2012

Nr. 5 // Suche nach Harmonie Warum indigene Justiz weder gut noch böse ist // Juli/August 2012

Nr. 4 // Landhunger und satte Gewinne Geschäfte mit Ackerland bedrohen kleinbäuerliche Landwirtschaft in Lateinamerika // September 2011

Nr. 3 // Frauenmorde in Zentralamerika und Mexiko // Juni 2011

Nr. 2 // Wir waren unsichtbar Honduras nach dem Putsch – Perspektiven der Widerstandsbewegung // April 2011

Nr. 1 // Glaube Hoffnung Macht Christliche Kirchen in Lateinamerika // November 2010



Die Dossiers sind teilweise noch als Einzelbroschüren verfügbar. Wenn diese vergriffen sind, verschicken wir gerne die jeweilige Ausgabe mit eingehaftetem Dossier.

Einfach bestellen:

Email an abo@LN-Berlin.de oder
telefonisch unter 030 - 694 61 00

www.lateinamerika-nachrichten.de